

Tarifpolitischer Jahresbericht 2007:

Gespaltene Tarifentwicklung

Streiks um Tarifstandards und verschärfte
Gewerkschaftskonkurrenz

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1	Das Tarifjahr 2007 im Überblick	1
2	Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten	5
	2.1 Lohn- und Gehaltsentwicklung	5
	2.2 Tarifliche Entgeltstrukturen	9
	2.3 Tariflose Zustände	10
	2.4 Arbeitszeit	11
3	Ausgewählte Tarifrunden	12
	3.1 Chemische Industrie	12
	3.2 Metallindustrie	15
	3.3 Bauhauptgewerbe	18
	3.4 Deutsche Telekom AG	20
	3.5 Deutsche Bahn AG	22
4	Regulierung des Niedriglohnsektors	25
5	Ausblick auf die Tarifentwicklung 2008	26
	Anhang: Grafiken und Tabellen	29

Düsseldorf, Januar 2008

Weitere Tarifinfos im Internet:

www.tarifrunde-2008.de

www.tarifvertrag.de

www.lohnspiegel.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40276 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

ISSN 1861-1842

Abkürzungsverzeichnis

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag
ERTV	=	Entgeltrahmentarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Gewerkschaften

IG BAU	=	IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	=	IG Bergbau, Chemie, Energie
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
GdP	=	Gew. der Polizei
TRANSNET	=	TRANSNET Gewerkschaft GdED
ver.di	=	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Zusammenschluss der Gewerkschaften: Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV) IG Medien (IG Med.) Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Für Tarifbestimmungen

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeiter
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvergütung
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BV	=	Betriebsvereinbarung
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsbestimmung
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt, Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL.	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktag
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

1 Das Tarifjahr 2007 im Überblick

Das herausragende Ereignis des Tarifjahres 2007 war zweifellos der Konflikt bei der Deutschen Bahn. Die Auseinandersetzung bei den Lokführern hat das Problem der Gewerkschaftskonkurrenz ins Rampenlicht gerückt und für die großen DGB-Gewerkschaften die Frage aufgeworfen, wie eine differenzierte und zugleich solidarische Lohnpolitik aussehen kann und muss. Die Konsequenzen für die künftige Entwicklung der Tarifpolitik bleiben abzuwarten. Insgesamt haben die Konflikte in der Tarifpolitik im vergangenen Jahr an Schärfe zugenommen. Warnstreiks und Arbeitskämpfe in verschiedenen Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen (Metall, Bau, Druck, Telekom, Einzelhandel) signalisieren, dass der Erhalt von Tarifstandards wie auch die Durchsetzung angemessener Lohnerhöhungen allein am Verhandlungstisch nicht zu erreichen waren. Dies ist umso erstaunlicher, als die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesprochen günstig ausfielen. Heftige politische Kontroversen, aber nur begrenzten Fortschritt in der Sache gab es bei der Regulierung des Niedriglohnssektors. Die Ausweitung des Entsendegesetzes beschränkte sich bislang auf das Gebäudereinigerhandwerk und die Briefdienste, die beschlossene Modernisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes steht noch bevor und ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist in der Großen Koalition nach wie vor (noch) nicht konsensfähig.

Die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres zeichnen ein widersprüchliches Bild. In der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie konnten die Gewerkschaften an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen und Tarifabschlüsse durchsetzen, die den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum weitgehend ausschöpften. Dies schlug sich positiv auch in anderen Tarifabschlüssen nieder. Eine Tarifwende auf breiter Front war allerdings noch nicht zu beobachten. In manchen Branchen blieben die Abschlüsse eher moderat, im Einzelhandel blieben die monatelangen Verhandlungen bis zum Jahresende 2007 ohne Ergebnis. Zudem zehrten die überraschend stark steigenden Preise an den Tarifsteigerungen.

Ökonomische und politische Rahmenbedingungen

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2007 entwickelten sich positiv (Statistisches Bundesamt 2008). Die konjunkturelle Entwicklung fiel mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,5 % sehr kräftig aus. Die Prognosen des Sachverständigenrates (1,8 %) und der Bundesregierung (1,7 %) sowie der meisten Institute wurden deutlich übertroffen. Die wirtschaftliche Expansion wurde maßgeblich von der starken Exporttätigkeit und der Investitionstätigkeit getragen, die reale private Konsumnachfrage fiel demgegenüber aufgrund verschiedener Faktoren (Mehrwertsteueranhebung, steigende Lebenshaltungskosten) erneut negativ aus. Damit setzte sich die gesplante Konjunktorentwicklung der vergangenen Jahre fort. Gleichwohl belebte sich auch der Arbeitsmarkt relativ stark. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Jahresdurchschnitt um rund 700.000 zurück. Die Arbeitslosenquote sank von 10,8 % auf 9,0 %. Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um 500.000 Personen.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelten sich auch im Jahr 2007 mit einem Plus von 7,2 % günstig, nachdem sie bereits in den drei Jahren zuvor um 7,2 %, 5,9 % und 13,4 % gestiegen waren. Insbesondere die exportorientierten Industriebranchen, aber auch einzelne Dienstleistungssektoren verzeichneten einen weiteren kräftigen Gewinnanstieg. Aus den politischen Parteien gab es bis in die CDU/CSU hinein angesichts dieser Rahmenbedingungen Unterstützung für kräftige Lohnerhöhungen. Seitens der EZB und einiger Institute gab es die erwartbaren Warnungen vor „überzogenen“ Lohnabschlüssen. Sie konnten aber die bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit weit verbreitete Erwartungshaltung, dass nach Jahren mäßiger Lohnabschlüsse nun die Zeit für eine spürbare Realloohnerhöhung gekommen sei, nicht beeinflussen.

Forderungen und Abschlüsse

Zahlreiche große und kleine Wirtschaftszweige und Tarifbereiche nahmen an der Tarifrunde 2007 teil, aber nicht alle. Zum Beispiel der öffentliche Dienst, die Stahlindustrie, die (westdeutsche) Textil- und Bekleidungsindustrie, das Bankgewerbe u. a. hatten bereits 2006 oder früher länger laufende Abschlüsse vereinbart, die erst Ende 2007 bzw. im Jahr 2008 auslaufen. Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2007 fielen höher aus als im Vorjahr. Die IG Metall forderte für ihre Hauptbranche, die Metall- und Elektroindustrie, ein Tarifplus von 6,5 % - im Jahr 2006 waren es noch 5,0 % gewesen. Noch darüber hinaus ging die Gewerkschaft Transnet mit einer Tarifforderung von 7,0 % für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. In der Holz- und Kunststoffindustrie und im Druckgewerbe forderten die Gewerkschaften 6,5 %. In anderen Branchen blieben die Tarifforderungen mit 4,5 bis 5,5 % zum Teil deutlich darunter. Dies belegt einmal mehr, dass die Gewerkschaften sehr wohl auch Branchen- und Konjunkturunterschiede in ihren tarifpolitischen Konzepten berücksichtigen. Die IG BCE verzichtete - wie schon in früheren Jahren - auf eine Bezifferung ihrer Forderung (vgl. Übersicht).

Übersicht: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2007 in ausgewählten Tarifbereichen

Bauhauptgewerbe	5,5 %
Chemische Industrie	nicht beziffert
Deutsche Bahn AG	7,0 %, mind. 150 €Mon.
Druckindustrie	6,5 %
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	4,5 %, Mindesteinkommen 1.500 €Mon.
Energiewirtschaft Ost (AVEU)	6,0/6,4 % (ver.di/IG BCE)
Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen	6,0 %, mindestens 125 €Mon.
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	6,5 %
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5,0 %
Metallindustrie	6,5 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,0 - 5,5 %
Schrott- und Recyclingwirtschaft	7,0 %
Textilindustrie Ost	5,0 %
Versicherungen (Innendienst)	6,5 %
Zeitarbeit (iGZ)	60 €vorweg und 5,0 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Nach dem Kündigungsterminkalender kam der chemischen Industrie die zeitliche Führungsrolle zu. Hier liefen die Entgelttarifverträge regional unterschiedlich bereits Ende Dezember 2006 sowie Ende Januar und Februar 2007 aus. Die Metallindustrie folgte Ende März, ebenso das Bauhauptgewerbe und die Druckindustrie. Die Abkommen in der Holz- und Kunststoffindustrie sowie im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel liefen überwiegend Ende März und Ende April aus.

Den ersten großen Abschluss gab es am 8.3.2007 in der **chemischen Industrie**. Nach einer Pauschalzahlung von 70 € folgt eine Tarifierhebung um 3,6 % sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts jeweils für 13 Monate (vgl. Punkt 3.1). Rund zwei Monate später, am 4.5.2007, folgte der die Tarifrunde prägende Pilotabschluss in der baden-württembergischen **Metallindustrie**. Er sah eine Pauschalzahlung von insgesamt 400 € für die beiden ersten Monate (April und Mai) sowie eine Tarifierhöhung von 4,1 % ab dem 1.6.2007 vor. Ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 1,7 % mit einer Laufzeit bis Ende Oktober 2008. Zusätzlich gibt es für Juni bis Oktober 2008 eine Einmalzahlung von jeweils 0,7 % (vgl. Punkt 3.2).

Konfliktreich verlief die Tarifrunde im **Bauhauptgewerbe**. Eine erste Einigung wurde von den ostdeutschen Verbänden nicht akzeptiert. Das Ergebnis der anschließenden Schlichtung wurde von den regionalen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gekippt, so dass die IG BAU nach einer erfolgreichen Urabstimmung in diesen Bereichen zum Arbeitskampf aufrief. Nach rund zweiwöchigem Streik einigten sich die Tarifparteien Anfang Juli vorläufig auf ein modifiziertes Schlichtungsergebnis, doch erst im August konnte nach weiteren Verhandlungen eine endgültige Lösung gefunden werden. (vgl. Punkt 3.3).

Auch in anderen Branchen gelangen Abschlüsse mit Erhöhungen von 3 % und mehr (Einzelheiten zu Nullmonaten, Pauschalzahlungen und Laufzeiten siehe nachfolgende Übersicht): In der **Holz und Kunststoff** verarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe konnte die IG Metall eine Tarifierhöhung von 3,6 % ab dem 1.8.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,5 % ab dem 1.9.2008 durchsetzen. In der ostdeutschen **Textilindustrie** erhalten die Beschäftigten eine Tarifierhöhung von 3,0 % ab dem 1.6.2007 sowie ab dem 1.7.2008 eine Stufenerhöhung von 2,7 %. In der **Druckindustrie** erreichte ver.di eine Tarifierhöhung von 3,0 % ab dem 1.7.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,1 % ab dem 1.7.2008. Im **Groß- und Außenhandel** sah der Pilotabschluss in Bayern eine Tarifierhöhung von 2,4 % plus 15,50 € monatlich ab dem 1.7.2007 (d.h. durchschnittlich 3,25 %) sowie eine Stufenerhöhung von weiteren 2,0 % plus 7,50 € monatlich ab 1.6.2008 vor.

Weitere Abschlüsse fielen unterschiedlich aus: Im nordrhein-westfälischen **Kfz-Gewerbe** erreichte die IG Metall eine Pauschalzahlung von 50 € für März sowie eine Tarifierhebung von 2,5 % ab dem 1.4.2007 mit einer Laufzeit bis Ende Februar 2008. Im **Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern erhalten die Beschäftigten nach zwei Nullmonaten eine Tarifierhöhung von 2,2 % seit dem 1.6.2007 bis Ende April 2008.

Übersicht: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2007

Abschluss	Tariffbereich	Ergebnis
08.03.2007	Chemische Industrie	70 €Pauschale für den jew. 1. Monat 3,6 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2007 für 13 Monate, zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines ME, multipliziert mit 13, zahlbar spätestens am 30.06.07
27.03.2007	Textilindustrie Ost	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.06.07 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
03.04.2007	Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	50 €Pauschale für März 2,5 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 29.02.08
04.05.2007	Metallindustrie (Pilotabschluss) Baden-Württemberg	400 €Pauschale insg. für April und Mai 4,1 % ab 01.06.07 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08; zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines ME (unter Berücksichtigung des U-Geldes) für Juni - Oktober 2008, zahlbar im August 2008, Laufzeit bis 31.10.08
11.05.2007	Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	2,4 % ab 01.07.07 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.06.09
14.05.2007	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	300 €Pauschale insg. für Mai - Juli 3,6 % ab 01.08.07 345 €zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni - August 2008 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08, Laufzeit bis 30.04.09
19.05.2007 (Schlichtungsergebnis) 08/2007 endgültige Annahme	Bauhauptgewerbe	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,1 % ab 01.06.07 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.08 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08 zusätzlich 0,4/0,5 % eines ME ab 01.06.07/01.04.08 als mtl. Festbetrag, Laufzeit bis 31.03.09
24.05.2007	Hotels und Gaststätten Bayern	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,2 % ab 01.06.07, Laufzeit bis 30.04.08
06.06.2007	Druckindustrie	nach 3 Nullmonaten (April - Juni) 3,0 % ab 01.07.07 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	Groß- und Außenhandel Bayern	nach 3 Nullmonaten (April - Juni) 2,4 % + 15,50 €mtl. ab 01.07.07 2,0 % Stufenerhöhung + 7,50 €mtl. ab 01.06.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	Deutsche Telekom AG	im Rahmen des Tarifkompromisses für den Bereich T-Service: unveränderte Verlängerung der Vergütungstarifverträge der Deutschen Telekom vom 01.08.07 bis zum 31.12.08
09.07.2007	Deutsche Bahn AG	600 €Pauschale insg. für Juli - Dezember 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09
24.11.2007	Versicherungsgewerbe	300 €Pauschale insg. für September - Dezember 3,0 % ab 01.01.08 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 zusätzlich 3,6 % eines ME als Einmalzahlung im Juli 2008, Laufzeit bis 30.09.09

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Januar 2008

Deutsche Telekom AG – Kampf um Tarifstandards

Bei der Deutschen Telekom AG musste ver.di deutliche Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in dem neu gegründeten Bereich T-Service akzeptieren (vgl. Punkt 3.4): Die Tarifvergütungen werden stufenweise um 6,5 % gesenkt und die Arbeitszeit zugleich von 34 auf 38 Stunden/Woche erhöht. Allerdings erreichte die Gewerkschaft nach langem Arbeitskampf weit reichende finanzielle Absicherungen, so dass die monatlichen Vergütungen der Beschäftigten, die zu den T-Service-Gesellschaften wechseln, zunächst gleich bleiben. Außerdem wurden ein befristeter Kündigungsschutz bis einschließlich 2012 sowie ein Ausgründungsverzicht bis Ende 2010 vereinbart und zahlreiche tarifvertragliche Regelungen der Deutschen Telekom übernommen. Für die (verbleibenden) Beschäftigten der Deutschen Telekom werden die Vergütungstarifverträge, die Ende Juli dieses Jahres ausgelaufen wären, bis Ende 2008 unverändert verlängert.

Deutsche Bahn AG: Tarif- und Gewerkschaftskonkurrenz

Bei der Deutschen Bahn AG erreichte die Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA nach Warnstreiks am 9.7. eine Pauschalzahlung von 600 € für Juli bis Dezember 2007 und eine Anhebung der Tarife ab dem 1.1.2008 um 4,5 % bei einer Laufzeit bis Ende Januar 2009. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) lehnte diesen Abschluss ab und forderte einen eigenständigen Spartentarifvertrag für das Fahrpersonal mit Gehaltssteigerungen um bis zu 31 %. Dies führte zu einem monatelangen Tarifkonflikt. Erst im Januar 2008 erzielten die Tarifparteien Einigung über zentrale Eckpunkte eines eigenständigen Tarifvertrags für Lokführer (vgl. Punkt 3.5).

2 Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten

2.1 Lohn- und Gehaltsentwicklung

Im Jahr 2007 wurden – wie bereits erwähnt – nur für einen Teil der Beschäftigten neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen, weil wegen der länger laufenden Vergütungsabkommen aus dem Jahr 2006 und früher eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen nicht an der Tarifrunde teilnahm.

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2007 in ganz Deutschland **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für 9,1 Mio. Beschäftigte ab, davon für 8,0 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 47 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 3,0 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2006 oder früher vereinbart wurden (vgl. Tabelle 1). Bei rund 7,3 Mio. Beschäftigten liefen 2007 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifierhebungen in Kraft. Zu den großen Tarifbereichen, die hierunter fallen, zählt z.B. der Einzelhandel.

Abschlussrate

Die tarifliche **Abschlussrate** insgesamt belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 5,2 % (2006: 2,6 %), in Westdeutschland betrug die Rate 5,1 %, in Ostdeutschland 5,5 %

(vgl. Tabelle 2). Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2008 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden dagegen Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 3,1 % im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau über 3,7 % im Bereich Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 4,6 % im Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, 5,5 % im Investitionsgütergewerbe bis zu 5,9 % im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck. Diese Gesamtabschlussraten sind allerdings von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen.

Berücksichtigt man lediglich die **im Jahr 2007** abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich für West- und Ostdeutschland eine Abschlussrate von 3,5 %. Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2007 eine Streuung zwischen 1,7 % und 3,9 % (vgl. Tabelle 2). Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen meist zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam werden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2007 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 8,2 Mio. (2006: 8,8 Mio.), das entspricht rund 89 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 76 % mussten zwischen 1 - 3 Monate auf die reguläre Tarifierhöhung warten, für weitere knapp 4 % vergingen 4 - 5 Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, knapp 10 % mussten sogar 6 und mehr Nullmonate akzeptieren. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für zwei Drittel (65,1 %) der davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 155 € (West: 154 € Ost: 166 €) im Monat betragen (vgl. Tabelle 3).

Laufzeiten

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge im Jahr 2007 beträgt durchschnittlich 22,2 Monate (2006: 22,1 Monate). Für rund 0,7 Mio. Beschäftigte (8 %) laufen die Abkommen zwischen 11 und 13 Monaten, für 3,6 Mio. (39 %) 19 Monate, für 3,4 Mio. (37 %) 24 Monate und länger, der Rest verteilt sich auf unterschiedliche Laufzeiten. Einen nennenswerten Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es nicht (vgl. Tabelle 4). Zu berücksichtigen ist bei den langen Laufzeiten über 24 Monaten, dass hier auch Branchen durchschlagen, in denen lange tariflose Zustände durch einen Neuabschluss beendet werden konnten. Rechnet man diese heraus, ergibt sich immer noch eine durchschnittliche Laufzeit von 20,2 Monaten.

Laufzeit der Tarifverträge (in Monaten)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
West	15,1	16,2	16,8	12,7	13,8	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2
Ost					14,7	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2007 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 14,4 Mio. ArbeitnehmerInnen. Diese **kalenderjährliche Steigerung** der Tarifverdienste 2007 gegenüber 2006 betrug für ganz Deutschland **2,2 %** (vgl. Tabelle 5). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 3,4 % im Bereich des Investitionsgütergewerbes aus, gefolgt vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,6 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 0,6 % aus. Ebenfalls relativ niedrig sind die Werte für den Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck (1,4 %) sowie den Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (1,7 %). Zwischen West- und Ostdeutschland ergab sich für 2007 bei den Gesamtwerten kein Unterschied.

Tarifsteigerung 2007 ¹

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
	%	%	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,6	1,8	1,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,8	2,1	2,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,6	2,5	2,6
Investitionsgütergewerbe	3,7	3,4	3,4
Verbrauchsgütergewerbe	2,6	2,5	2,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,1	2,2
Baugewerbe	2,3	1,9	2,0
Handel	2,1	2,0	2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,4	2,1	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,7	1,3	1,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,2	0,5	0,6
Gesamte Wirtschaft	2,2	2,2	2,2

¹ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2007 gegenüber 2006.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 31.12.2007

Der Stand der tariflichen **Lohnangleichung** an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2007 ergibt sich dabei folgendes Bild (vgl. Tabelle 6): Auf Basis von knapp 40 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein **durchschnittliches Tarifniveau von 95,2 %**. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* lediglich ein minimaler Anstieg gegenüber

dem Vorjahr um 0,1 %. In einzelnen Branchen konnte eine geringfügige Angleichung erreicht werden, z.B. in der chemischen Industrie und bei den Kommunen. Die nachstehende Tabelle zeigt, dass das Tempo der tariflichen Anpassung seit Jahren sehr gering ist.

Tarifniveau Ost/West in %

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
88,7	89,8	90,8	91,5	91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

Über den Stand der **Angleichung** wichtiger manteltariflicher Regelungen und Leistungen in Ostdeutschland (wie z.B. Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gibt die Übersicht zu ausgewählten Tarifbereichen in Tabelle 12 Auskunft.

Die Steigerung der **Ausbildungsvergütungen** ist im vergangenen Jahr deutlich höher ausgefallen. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 2,5 % (West: 2,4 %, Ost: 2,8 %), der damit über der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen liegt (BIBB 2007). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr lagen die Beträge Ende 2007 in 9/8 (West/Ost) der ausgewählten Tarifbereiche unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 0,5 % im Versicherungsgewerbe und 6,2 % in der ostdeutschen chemischen Industrie (vgl. Tabelle 8).

Tarif-, Effektiv- und Reallohnentwicklung

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2007 von 2,2 % entsprach exakt dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Real blieben die *tariflichen* Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt also unverändert. Ihr Anstieg blieb aber erneut hinter dem zurück, was der **kostenneutrale Verteilungsspielraum** aus Preissteigerung (+2,2 %) und Produktivitätszuwachs (+0,8 %) ermöglicht hätte.

Betrachtet man die *Effektive* Einkommensentwicklung in Gesamtdeutschland, so ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild (vgl. Statistisches Bundesamt 2008): Die Summe der **Bruttolöhne und -gehälter** stieg 2007 um 3,1 %. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in ergibt sich ein **Anstieg um 1,3 %**, je Arbeitnehmerstunde 1,2 %. Daraus ergibt sich, dass die Reallöhne 2007 zum vierten Mal in Folge gesunken sind. Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung deutet zum einen auf eine Fortsetzung der negativen Lohndrift hin, ist zum andern aber auch methodisch bedingt: Branchen, in denen im vergangenen Jahr keine (das ganze Jahr abdeckenden) Tarifabschlüsse getätigt wurden, gehen in die Berechnung der jahresbezogenen Rate der Tarifierhöhung nicht ein. Dazu zählen beispielsweise der Einzelhandel mit rund 2 Mio. Beschäftigten und andere Bereiche des privaten Dienstleistungssektors. Eine Einbeziehung z.B. des Einzelhandels würde die jahresbezogene Tarifsteigerungsrate bereits um 0,2 Prozentpunkte senken.

Die Lohnstückkosten (Arbeitskosten/Produktivität) blieben 2007 konstant. Im internationalen Vergleich blieb es bei dem bekannten Bild: In allen wichtigen Konkurrenzländern innerhalb der EU und auch in den USA wuchsen die Lohnstückkosten erheblich stärker.

2.2 Tarifliche Entgeltstrukturen

Größere Veränderungen in den tariflichen Entgeltstrukturen (Zahl und Differenzierung der Entgeltgruppen) werden meist im Rahmen längerfristig angelegter Reformprojekte wie z.B. in der Metallindustrie (neue Entgeltrahmenabkommen, ERA) oder im öffentlichen Dienst (Tarifvertrag öffentlicher Dienst, TVöD) realisiert. In den vergangenen Jahren wurden in einigen Fällen auch im Rahmen der Entgelttrunde kleinere Strukturveränderungen ausgehandelt. Es handelt sich dabei z. T. um die Einführung neuer Vergütungsgruppen am unteren Ende der Lohn- bzw. Gehaltstabellen. Sie sind meist auf Druck der Arbeitgeberverbände zustande gekommen und wurden von den Gewerkschaften nur deshalb akzeptiert, weil sie hoffen, dadurch weitere Ausgliederungen von Tätigkeitsbereichen abbremsen oder verhindern zu können. Folgende Beispiele aus jüngster Zeit lassen sich nennen:

Versicherungsgewerbe

Im Tarifabschluss 2007 wurden zwei neue Entgeltgruppen für Tätigkeiten eingeführt, die bisher nicht im Tarifvertrag geregelt sind. Sie werden als besondere Entgeltgruppe zu der Gruppe I bzw. II geführt und gelten für Neueingestellte ab dem 1.1.2008. Die Gruppe A (Scannen und Postvorbereitung) sieht eine Vergütung von 1.350/1.400 €/Monat im 1. bzw. ab dem 2. Jahr der Betriebszugehörigkeit vor, die Gruppe B (Identifizieren, Indexieren, Erkennen) wird mit 1.500/1.550/1.600 €/Monat im 1./2. und 3./ab 4. Jahr der Betriebszugehörigkeit vergütet. Die Tarifvergütungen der Gehaltsgruppen I und II liegen in der Eingangsstufe bei 2.069 bzw. 2.091 €. Ver.di bezeichnete diese Regelung als „äußerst schwierigen Kompromiss“ mit dem Ziel, Ausgründungen in tariflose Gesellschaften zu verhindern.

Öffentlicher Dienst

Im Rahmen der Tarifreform wurde ab dem 1.10.2005 (Länder ab 1.11.2006) eine neue unterste Gruppe eingeführt. Die Vergütung betrug mit Stand 31.12.2007 im Westen zwischen 1.286 und 1.440 € im Osten je nach Tarifbereich zwischen 1.190 und 1.397 €. Im Rahmen von landesbezirklichen bzw. für den Bund in bundesweiten tarifvertraglichen Regelungen können für an- und ungelernete Tätigkeiten in von Outsourcing und/oder Privatisierung bedrohten Bereichen in den Entgeltgruppen 1 bis 4 Abweichungen von der Entgelttabelle bis zu einer dort vereinbarten Untergrenze vorgenommen werden. Die Untergrenze muss im Rahmen der Spannbreite des Entgelts der Entgeltgruppe 1 liegen.

Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau West

In diesem Tarifbereich besteht seit November 2007 eine neue unterste Gruppe („Arbeitnehmer, die mit einfachsten, schematischen Arbeiten beschäftigt werden“). Sie wird mit 8,32 €/Stunde vergütet und liegt damit deutlich unter der bisher untersten Tarifgruppe mit 9,30 €/Stunde („Arbeitnehmer, die mit einfachen Arbeiten beschäftigt werden“). In Ostdeutschland gibt es vergleichbare Regelung auf niedrigerem Niveau (7,82 € zu 8,61 €).

Darüber hinaus wurden in einigen Tarifbereichen in den vergangenen Jahren niedrigere Vergütungen in bestimmten Entgeltgruppen für BerufsanfängerInnen vereinbart. Auch dazu einige Beispiele:

Privates Omnibusgewerbe Baden-Württemberg: Seit 2006 erhalten BerufsanfängerInnen in den ersten 3 Jahren eine Tarifabsenkung um 10 %.

Zeitungsverlage Niedersachsen: Ab August 2006 erhalten neu eingestellte ArbeitnehmerInnen ohne branchenspezifische Vorkenntnisse oder abgeschlossene Berufsausbildung für ein Jahr ein Einstiegsgehalt von 95 %.

Textilreinigungsgewerbe West/Ost: Seit 2007 gibt es einen Einarbeitungslohn für bestimmte Lohngruppen von 90 bzw. 95 % der regulären Tarifvergütung in den ersten 6 Monaten.

Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich): Im Rahmen einer 2006 eingeführten neuen Entgeltstruktur wurde auch eine Einstiegsvergütung von 92 % für Neueingestellte in allen Entgeltgruppen für 2 Jahre vereinbart.

Private Recycling- und Entsorgungswirtschaft West/Ost: Eine Reduzierung der Einstiegsentgelte um bis zu 20 % innerhalb der ersten drei Beschäftigungsjahre ist möglich.

2.3 Tariflose Zustände

Nach wie vor haben die Gewerkschaften in einer Reihe von Branchen und Tarifbereichen Probleme, auslaufende Tarifverträge nahtlos durch Anschlussstarifverträge zu ersetzen. Zwar ist es durchaus normal, dass einige Wochen und manchmal auch Monate vergehen, bis die neuen Abkommen ausgehandelt sind, doch wenn dieser Prozess ein Jahr und gar länger dauert, signalisiert dies erhebliche Durchsetzungsprobleme der Gewerkschaften.

Ein prominentes Beispiel für die aktuellen Schwierigkeiten ist der Einzelhandel. In dieser mit 2 Mio. Beschäftigten großen Branche verhandelt ver.di seit dem Frühjahr 2007 ohne Erfolg über neue Vergütungstarifverträge. Die Arbeitgeber hatten bereits zuvor die Manteltarifverträge gekündigt und forderten angesichts der veränderten Ladenöffnungszeiten die Streichung bzw. drastische Reduzierung der Spätarbeitszuschläge. Trotz zahlreicher Protestaktionen, Warnstreiks und regulärer Arbeitskämpfmaßnahmen ist bis heute ein neuer Tarifvertrag nicht zustande gekommen.

Nimmt man alle Bereiche ohne aktuell gültige (Lohn- und Gehalts-)Tarifverträge in den Blick, ergibt sich folgendes Bild:

- Betroffen sind überwiegend gewerkschaftlich schwach erschlossene Bereiche aus kleinbetrieblich strukturierten Handwerks- und Dienstleistungssektoren.
- In einigen Bereichen, vor allem im Osten, bestehen die tariflosen Zustände bereits seit mehreren Jahren.

- Trotz des konjunkturellen Aufschwungs starten die Arbeitgeber in einigen Bereichen neue Versuche, ganz aus dem Tarifsystem auszusteigen.

Zu den Tarifbereichen, die in einzelnen Regionen und manchmal auch bundesweit seit mindestens einem Jahr keine aktuellen Vergütungstarifverträge aufweisen, zählen u.a.

- Gartenbau/Erwerbsgartenbau, Floristik
- Sägeindustrie, Baustoffindustrie (verschiedene Branchen)
- Elektrohandwerk, Heizungs- und Sanitärhandwerk und Heizungsindustrie, weitere Metallhandwerke
- Glaserhandwerk, Tischlerhandwerk, Raumaustatterhandwerk, Parkett- und Bodenlegerhandwerk
- Bäcker- und Konditorenhandwerk, Fleischerhandwerk
- Erfrischungsgetränkeindustrie
- Privates Verkehrsgewerbe (verschiedene Sparten)
- Genossenschaftsbanken
- Hotel- und Gaststättengewerbe
- Friseurhandwerk

Allerdings gibt es auch positive Zeichen. So konnte die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten im vergangenen Jahr für die rund 60.000 Beschäftigten in der Systemgastronomie erstmals seit 2001 wieder einen Entgelttarifvertrag abschließen und damit eine große Lücke in der Tariflandschaft schließen. Neuabschlüsse gelangen nach langer Pause u.a. auch in einzelnen Regionen der Bereiche Erwerbsgartenbau, Elektrohandwerk, Nahrungsmittelhandwerk und Verkehrsgewerbe.

2.4 Arbeitszeit

Die *gesamtwirtschaftlichen* Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** betrug Ende 2007 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,6 Stunden (West: 37,4 und Ost: 38,8 Stunden) (vgl. nachstehende Übersicht sowie Tabelle 9). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u.a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche **Urlaubsdauer** (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage) (vgl. Tabelle 10).

Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche **Jahresarbeitszeit**, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.656,8 Stunden, für Westdeutschland 1.645,2 und für Ostdeutschland 1.716,4 Stunden (vgl. Tabelle 11).

Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2007

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,6
<i>Anteil der Beschäftigten (in %) mit:</i>			
<i>bis zu 35</i>	5,9	25,2	22,0
<i>36 - 37</i>	5,5	10,1	9,3
<i>37,5 - 38,5</i>	30,5	39,2	37,6
<i>39 – 40 und mehr</i>	57,8	25,1	30,2
Urlaub (Arbeitstage)¹	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.716,4	1.645,2	1.656,8

¹ Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 1998-2007 (in Std.)

		1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Woche	G	37,7	37,7	37,7	37,7	37,7	37,7	37,6	37,6	37,6	37,6
	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,4	39,2	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9	38,8
Jahr	G	1659,5	1658,6	1657,8	1656,3	1656,0	1656,3	1655,7	1655,6	1657,0	1656,8
	W	1643,2	1642,8	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7	1645,2
	O	1735,5	1729,9	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3	1716,4

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres. G=Gesamt, W=West, O=Ost

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

3 Ausgewählte Tarifrunden

3.1 Chemische Industrie

Ein weiteres Mal gelang der IG BCE in diesem Jahr in ihrer Hauptbranche, der chemischen Industrie mit ihren rund 560.000 Beschäftigten, eine zügige Tarifrunde. Erstmals gab es aber während der Verhandlungen von Teilen der mittelständischen Chemiearbeitgeber erheblichen Widerstand, so dass sich die Gewerkschaft zu größeren betrieblichen Protestaktionen und Demonstrationen veranlasst sah. Es bleibt abzuwarten, ob dies ein einmaliger Vorgang war oder ob damit ein Stück „Normalisierung“ in der chemischen Industrie eingeleitet ist, die die Verhandlungen in vielen anderen Branchen schon seit langem kennzeichnet.

3.1.1 Ausgangslage und Forderung

Die chemische Industrie hatte im Tarifjahr 2007 die tarifpolitische Vorreiterrolle inne. In den einzelnen Regionen lief das Abkommen zwischen Ende Dezember 2006 und Ende Februar 2007 aus. Mit einigem zeitlichen Abstand zur traditionellen Leitbranche Metallindustrie

gingen die Tarifparteien daher bereits im Januar in die Verhandlungen. Mitte Oktober 2006 hatte der Hauptvorstand der IG BCE seine **Forderungsempfehlung** für die Chemie-Tarifrunde 2007 beschlossen. Darin hieß es, der Schwerpunkt solle auf einer realen Einkommenserhöhung liegen. Des Weiteren forderte die Gewerkschaft eine Anschlussregelung für den Tarifvertrag zur Ausbildungsförderung. Ähnlich wie im Jahr 2005 verzichtete die Gewerkschaft auf eine präzise Quantifizierung der Entgeltforderung. Stattdessen hieß es lediglich, dass ein Tarifabschluss angestrebt werde, der die Produktivitätsentwicklung der Branche berücksichtige und neben dem Ausgleich der zu erwartenden Preissteigerungsrate eine reale Einkommenserhöhung sicherstelle. Maßgeblich für diese Forderung war die „stabile wirtschaftliche Konjunktur“, die sich „in einer gestiegenen Produktivität und einem erhöhten Umsatzvolumen ausdrückt“. „Die wirtschaftliche Lage in den Betrieben und einzelnen Sparten ist unterschiedlich, auch darauf werden wir eine Antwort finden.“

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (**BAVC**) begrüßte, dass die Gewerkschaft keine bezifferte Forderung vorlegte, und warnte davor, zu hohe Erwartungen zu wecken. Es dürfe keinen Wettlauf zwischen den Gewerkschaften um die höchste Tarifzahl geben. Der BAVC stellte eine „angemessene Tarifierhöhung“ in Aussicht und betonte zugleich, wichtig sei eine Fortsetzung der Politik „realistischer Tarifierhöhungen, die die Wettbewerbsfähigkeit ... der Chemieproduktion am Standort Deutschland im Visier behält“ (Pressemitteilung vom 17.10.2006).

3.1.2 Verhandlungen und Ergebnis

Der Verhandlungsrhythmus in der Branche hat sich in den vergangenen Jahren so eingespielt, dass nach einer Auftaktrunde in den regionalen Tarifgebieten bundesweit weiterverhandelt wird. So geschah es auch in diesem Jahr: Die **erste Runde** startete am 15.1. mit Verhandlungen für den Tarifbezirk Nordrhein und endete Anfang Februar mit Verhandlungen für die Bezirke Saarland und Berlin. Am 8.2. fand die erste bundesweite Verhandlung statt. In den Verhandlungen selbst traten überraschend deutliche Meinungsverschiedenheiten zutage. Die Arbeitgeber legten deswegen kein beziffertes Angebot vor. Die IG BCE beklagte den „Realitätsverlust“ bei den Arbeitgebern, die sich in den Verhandlungen von Positionen einer möglichen Lösung wieder entfernt hätten. Die Gewerkschaft kündigte an, ihre Mitglieder zu Protestaktionen zu mobilisieren. Vor der zweiten Verhandlungsrunde am 8.3. fanden an zahlreichen Orten **Protestveranstaltungen** mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen statt, die von den Arbeitgebern als „emotionalisierte“ Demonstrationen etikettiert wurden. Am Nachmittag des 8.3. konnten die Tarifparteien ein **Ergebnis** präsentieren:

Entgelt

- Zahlung einer Pauschale von 70 € (Auszubildende 20 €) jeweils für den 1. Monat der Laufzeit,
- Anhebung der Tarifentgelte um 3,6 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2007 für 13 Monate,

- zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts multipliziert mit 13, unter Berücksichtigung u. a. der Jahresleistung und Schichtzulagen.

Dies entspricht für ArbeitnehmerInnen in Normalschicht 9,8 %, in teilkontinuierlicher Schichtarbeit 10,9 % und in vollkontinuierlicher Schichtarbeit mit Sonn- und Feiertagsarbeit 12,8 % eines Monatsentgelts. Auszubildende erhalten 10 % einer Ausbildungsvergütung.

Eine Öffnungsklausel sieht vor, dass Arbeitgeber und Betriebsrat einvernehmlich aus wirtschaftlichen Gründen Vereinbarungen über die Kürzung oder den Wegfall der Einmalzahlungen treffen können.

Ausbildung

- Verlängerung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ bis ins Jahr 2010 u. a. mit folgenden Änderungen:
- Verpflichtung zu einem Angebot von insgesamt 16.800 Ausbildungsplätzen für 2007 und 2008,
- Festlegung der Ausbildungsplatzzahlen bis 2010 im Rahmen der künftigen Entgelttarifverhandlungen.

Langzeitkonten

- Die tariflichen Regelungen zu Langzeitkonten wurden dahingehend ergänzt, dass neben den bisherigen Möglichkeiten auch bis zu 10 % eines tariflichen Jahresentgelts eingebracht werden können.

Einstellungstarife

- Die seit langen Jahren bestehenden Regelungen über niedrigere Einstellungstarife bei Neueinstellungen und für Langzeitarbeitlose wurden unverändert wieder in Kraft gesetzt.

Die IG BCE wertete das Ergebnis als „anständigen Kompromiss“ und hob vor allem das gesamte Einkommensplus von 4,3 % hervor, dass der Branchenlage entspreche. Dabei seien die Belange der weniger gut verdienenden Unternehmen berücksichtigt worden. Arbeitgeberverband und Gewerkschaften seien ihrer „gesellschaftlichen Verantwortung“ gerecht geworden. Seitens des BAVC war von einem „an den wirtschaftlichen Realitäten des Jahres 2007 orientierten zukunftsfähigen Abschluss“ die Rede. Als positiv wurden die vorgeschaltete Pauschale, die 14-monatige Gesamlaufzeit und die flexibilisierte Einmalzahlung bewertet. Die Struktur des Abschlusses entspreche auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates. Die Reaktion der anderen Arbeitgeberverbände, insbesondere von BDA und Gesamtmetall, fiel kritischer aus. In der Sorge, die IG Metall werde diesen Abschluss als Messlatte nehmen, die es zu übertreffen gelte, sprach BDA-Präsident Dieter Hundt von einer dauerhaften Belastung, die „auf andere Teile der Wirtschaft nicht übertragbar“ sei. Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser ergänzte, die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie wären mit der Höhe überfordert, er begrüßte aber die Zweiteilung des Abschlusses.

3.2 Metallindustrie

Die IG Metall stellte in dieser Tarifrunde unter Beweis, dass sie – immer noch – in der Lage ist, in ihrer Kernbranche einen Tarifabschluss zu realisieren, der für ihre Mitglieder eine deutliche Reallohnsteigerung bedeutet und der die eine zentrale Zielsetzung der Arbeitgeber, nämlich unterhalb des Abschlusses des Vorjahres zu bleiben, wirksam durchkreuzte. Dazu trug vor allem die hohe Mobilisierungsfähigkeit bei, wie sie in den umfangreichen Warnstreiks nach Auslaufen der Friedenspflicht zum Ausdruck kam. Allerdings bleibt die tarifpolitische „Falltür“ (Ehlscheid/Urban 2007) zu beachten: Den Metallarbeitgebern gelang durch den Einbau einer Öffnungsklausel ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg zur Variabilisierung der Tarifentgelte.

3.2.1 Ausgangslage und Forderung

Die Ausgangssituation war ungewohnt: Der Tarifabschluss vom April 2006 hatte – anders als in den Jahren zuvor – lediglich eine kurze Laufzeit von 13 Monaten, so dass bereits ein gutes halbes Jahr danach die Diskussionen um die neue Tarifrunde begannen.

Der Tarifabschluss 2006 beinhaltete neben einer linearen Tarifierhöhung von 3,0 % ab Juni 2006 auch erstmals ein Element variabler Einkommenserhöhung: Für die Monate März bis Mai war eine Einmalzahlung von 310 € vereinbart worden, die betrieblich auf Basis einer freiwilligen Vereinbarung zeitlich verschoben, bis auf Null reduziert oder auch bis auf das Doppelte erhöht werden konnte. In der Praxis wurde davon nach einer Erhebung der IG Metall nur begrenzt Gebrauch gemacht. Rund 82 % der Betriebe zahlten die tariflich vereinbarten 310 € 11 % mehr und 7 % weniger.

Die Abkommen liefen Ende März 2007 aus und die Tarifverhandlungen begannen demzufolge erst einige Wochen später als in der chemischen Industrie. Dennoch bestimmte die Diskussion in dieser Branche im Vorfeld die öffentliche Auseinandersetzung um die gesamte Tarifrunde 2007. Schon im Spätherbst 2006 signalisierte die IG Metall, dass die Erwartungshaltung der Belegschaften hoch sei und die positive wirtschaftliche Lage eine höhere Tarifierhebung möglich und nötig mache. In der Empfehlung des IG Metall-Vorstandes vom 6.2.2007 wurde die **Tarifforderung** dann mit 6,5 % beziffert, die am 26.2. auch zur offiziellen Tarifforderung wurde. Zusätzlich wollte die IG Metall mit den Arbeitgebern u.a. über Themen wie Altersteilzeit, Leiharbeit, eine Fachkräfteinitiative, Übernahme von Studiengebühren und ausbildungsbedingten Kosten ins Gespräch kommen.

3.2.2 Verhandlungen und Ergebnis

Die Tarifverhandlungen auf regionaler Ebene begannen am 12.3. in Nordrhein-Westfalen, die anderen Bezirke folgten in kurzen Abständen. Die IG Metall stellte die hervorragende wirtschaftliche Lage der Metallindustrie in den Vordergrund (IG Metall 2007). Angesichts der hohen Umsatzzuwächse, der weiter zunehmenden Bestellungen sowie der hohen Produktivität und der sehr positiven Ertragslage der Branche („die beste seit neun Jahren“) seien die gefor-

dernten Entgelterhöhungen gerechtfertigt. Metallwirtschaftlich sei mit einem Produktivitätsanstieg von 4,5 % und einer Steigerung der Verkaufspreise um 2 % zu rechnen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht machte die Gewerkschaft für 2007 einen neutralen Verteilungsspielraum von 4,1 % geltend, der sich aus einem voraussichtlichen Produktivitätsanstieg von 1,8 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,3 % zusammensetze.

Die Metallarbeitgeber argumentierten dagegen im Kern wie folgt: Die positive Entwicklung des Jahres 2006 werde sich in der Metallwirtschaft nicht in gleicher Weise fortsetzen, der neue Tarifabschluss müsse daher im Volumen deutlich unter dem vom Vorjahr liegen. Sie schlugen eine Aufspaltung des Abschlusses in einen fixen, tabellenwirksamen und einen variablen Teil vor. Letzterer sollte einmalig als „Konjunkturbonus“ gezahlt werden und nicht in die Vergütungstabellen eingehen. Auf diese Weise sollte der im vorigen Abschluss gelungene Einstieg in eine Variabilisierung der Lohnpolitik fortgesetzt werden. Darüber hinaus forderten sie eine variable Gestaltung der Jahressonderzahlung wie sie auch bereits in einigen anderen Branchen (Chemie, Banken) tariflich vereinbart wurde.

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 27.3. in Baden-Württemberg präsentierten sie ein bundesweit abgestimmtes **Angebot**, das folgende Bestandteile enthielt:

- Anhebung der Tarifvergütungen um 2,5 % sowie
- eine monatliche Einmalzahlung als „Konjunkturbonus“ bei einer Laufzeit von 12 Monaten,
- variable Gestaltung des Weihnachtsgeldes über einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren in einer Bandbreite von +/- 15 % in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage eines Betriebes.

Die IG Metall lehnte das Angebot, das erwartungsgemäß auch in allen anderen regionalen Tarifbereichen unterbreitet wurde, rundweg ab. Die tabellenwirksame Anhebung schöpfe nicht einmal den verteilungsneutralen Spielraum aus und der „Konjunkturbonus“ sei eine Mogelpackung, da er am Ende der Laufzeit ersatzlos weg falle. Damit wollten die Arbeitgeber ein neues tarifpolitisches Instrument installieren, das einerseits jährlich neu verhandelt werden muss und andererseits die Beschäftigten dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppelt. Die Variabilisierung des Weihnachtsgeldes führe bei einer Ausschöpfung des Spielraums nach unten zu einer Absenkung des Jahresentgeltes um 1 %.

Die dritte und vierte Verhandlungsrunde am 16. und 26.4. brachte keine weitere Annäherung. Unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht am 29.4. setzten Warnstreiks ein, die in wenigen Tagen ein großes Ausmaß erreichten. Allein am 2. und 3.5. beteiligten sich nach Angaben der IG Metall rund 100.000 bzw. 290.000 Beschäftigte an Warnstreiks und spontanen Aktionen. Die erneuten Verhandlungen in Baden-Württemberg begannen am 3.5. und führten nach einer langen Verhandlungsnacht am 4.5. zum **Ergebnis**. Dies beinhaltete folgende Elemente:

- 400 € Pauschale für die Monate April und Mai 2007, Auszubildende 125 €
- Tariferhöhung um 4,1 % ab Juni 2007,

- Stufenerhöhung um weitere 1,7 % ab Juni 2008,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen aufgrund der tariflich geregelten festen prozentualen Relation zum Monatsgrundlohn bzw. -grundentgelt,
- Einmalbetrag von jeweils 0,7 % eines Monatsentgeltes für die Monate Juni bis Oktober 2008 unter Berücksichtigung des Urlaubsgeldes (= 3,98 %), zahlbar im August 2008,
- Verschiebung der Stufenerhöhung und der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um maximal 4 Monate durch freiwillige Betriebsvereinbarung möglich,
- Laufzeit des Tarifabschlusses: 19 Monate bis 31.10.08.

Die relativ hohe Pauschalzahlung von 400 € für die ersten beiden Monate entspricht, bezogen auf die Durchschnittseinkommen, einer Erhöhung von 6 %, bei 2.500 € Monatsverdienst 8 % und bei niedrigen Monateinkommen 10 %. Die 4,1 % für die darauf folgenden 12 Monate werden angesichts einer laufenden Preissteigerungsrate von rund 2 % zu einer deutlichen Realeinkommenssteigerung führen. Auch die zweite Stufe von 1,7 % geht dauerhaft in die Tabelle ein, sodass am Ende der Laufzeit die Tabellenvergütungen um insgesamt 5,87 % höher sein werden.

Neben dem Lohn- und Gehaltsabschluss wurden **weitere Vereinbarungen** getroffen. Dazu zählt eine Absprache zur Weiterentwicklung der Tarifregelung zum flexiblen Übergang in die Rente. Auf zentraler Ebene sollen im Jahr 2008 Verhandlungen zwischen den Tarifparteien mit dem Ziel aufgenommen werden, möglichst bis Mitte des Jahres eine entsprechende Regelung zu vereinbaren. Dabei sollen zugleich die Anforderungen an den Gesetzgeber zur Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen formuliert werden. Für die kommende Lohntarifrunde im Herbst 2008 ist von Bedeutung, dass für die westdeutschen Tarifgebiete ein Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht vereinbart wurde. Das bedeutet konkret, dass mögliche Warnstreikaktionen bereits Anfang November 2008 durchgeführt werden könnten.

Struktur und Volumen des Abschlusses werden daher von der IG Metall insgesamt sehr positiv bewertet, weil damit der von Gesamtmetall angestrebte „doppelte Paradigmenwechsel“ abgewehrt worden sei. Allerdings ist unbezweifelbar, dass es den Metallarbeitgebern gelungen ist, ihren bereits im Abschluss 2006 erstmalig realisierten Ansatz, zumindest einzelne Bestandteile des Abschlusses variabel zu gestalten, auch dieses Mal wieder durchzusetzen. Dies bezieht sich auf die Verschiebbarkeit der Stufenerhöhung wie auch der zusätzlichen Einmalzahlung. Formal kann dies nur auf Basis einer freiwilligen Betriebsvereinbarung geschehen; tatsächlich wird – wie schon beim Abschluss 2006 – viel von der realen ökonomischen Lage der Betriebe und der Konfliktfähigkeit der Belegschaften abhängen, mit dem kleinen Unterschied, dass dieses Mal nur eine Abweichung nach unten vorgesehen ist.

Aus Sicht der IG Metall handelte es sich bei dem Abschluss um einen „ordentlichen Kompromiss“. Es sei gelungen „für ein reales Plus in den Portemonnaies unserer Mitglieder zu sorgen und sie am Aufschwung, den sie erarbeitet haben, dauerhaft und nicht nur einmalig zu

beteiligen", so IG Metall-Vorsitzender Peters (vgl. auch Ehlscheid/Urban 2007, Burkhard 2008). Gesamtmetall-Präsident Kannegießer äußerte, dass der Abschluss insgesamt durch den Rückenwind der immer stärker werdenden Konjunktur beeinflusst sei. Die spürbare Entgelt-erhöhung sei eine „Vorleistung der Betriebe, die nun durch die Leistung der Mitarbeiter gedeckt werden muss“. Als wichtiges Ergebnis der Tarifverhandlungen bezeichnete er es, dass der Grundsatz der betrieblichen Differenzierung fortgeführt wurde.

3.3 Bauhauptgewerbe

Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren sah sich die IG BAU zu einem regulären Streik in ihrer Hauptbranche, dem Bauhauptgewerbe, gezwungen. Nachdem zunächst ostdeutsche Arbeitgeberverbände ein erstes Tarifergebnis nicht akzeptierten, lehnten das niedersächsische und schleswig-holsteinische Baugewerbe das anschließend durch Schlichtung gefundene Ergebnis ab. Damit stand nicht nur der Tarifabschluss 2007, sondern im Grundsatz auch das gesamte Tarifgefüge im Bauhauptgewerbe einschließlich des tariflichen Mindestlohnes nach dem Entsendegesetz zur Disposition.

3.3.1 Forderungen, Verhandlungen, erstes Ergebnis

Die Tarifverhandlungen 2007 fanden erstmals vor einer deutlich verbesserten wirtschaftlichen Lage der Branche statt. Die harte Anpassungskrise in Ost- wie Westdeutschland, verschärft durch die Auswirkungen der restriktiven Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften, war zu Ende gegangen. Im Jahr 2006 waren die Bauinvestitionen real bereits wieder um 3,6 % gestiegen, auch für 2007 wurde ein weiterer Anstieg erwartet. In der Folge entwickelte sich die Gewinnsituation der Unternehmen und - endlich - auch die Lage auf dem Bauarbeitsmarkt wieder positiv.

In der ersten und zweiten Verhandlungsrunde am 14.2. und 2.3. präsentierten die Arbeitgeberverbände Gegenforderungen, von der Abschaffung besonderer Lohnregelungen in Hamburg und Berlin über die Ausweitung der Arbeitszeitflexibilisierung bis zu vielen weiteren Verschlechterungen in den Rahmentarifverträgen. In der dritten Runde der Tarifverhandlungen am 13.3. legten sie ein erstes Angebot vor. Im Rahmen eines Tarifabschlusses war nach Auffassung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) nur eine Kostenbelastung von insgesamt 2 % denkbar. Diese Kostenbelastung müsse die Erhöhung des Beitrags zur Zusatzversorgungskasse, die möglichen Lohnerhöhungen sowie Einmalzahlungen enthalten. Die IG BAU lehnte das Angebot der Arbeitgeber als unzureichend ab.

Ein **erstes Ergebnis** erzielten die Tarifparteien in der vierten Verhandlungsrunde am 31.3. IG BAU und Arbeitgeber einigten sich auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um insgesamt 3,5 % mit einer Laufzeit bis zum 31.3.2008. Parallel zur Lohnerhöhung einigten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Erhöhung der Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge um 1,2 Prozentpunkte der Bruttolohnsumme. ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber tragen sie je zur Hälfte, die Bauarbeiter zahlen dies über eine Senkung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 25 %. Diese Vereinbarung sollte ab 1.1. 2008 gelten.

3.3.2 Schlichtung und Streik

Anfang Mai kippten die ostdeutschen Arbeitgeber die Tarifeinigung mit der Begründung, die immer noch schwierige konjunkturelle Lage des Baugewerbes im Osten lasse derartige Einkommenssteigerungen nicht zu. Aufgrund von Beschlüssen innerhalb des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes war unumgänglich, dass diese daraufhin ebenfalls die Ablehnung erklären würden. Damit war der Weg in die Schlichtung vorgezeichnet. Sie wurde am 14.5. von der IG BAU angerufen und legte unter Vorsitz von Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) am 19.5. folgendes **Ergebnis** vor, das neben einer verzögerten Tarifierhebung in diesem Jahr eine deutlich verlängerte Laufzeit mit zwei Stufenerhöhungen in den Jahren 2008 und 2009 sowie die Einführung einer tariflichen Öffnungsklausel vorsah:

- Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 3,1 % ab dem 1.6. statt wie im ersten Verhandlungsergebnis ab dem 1.5.2007,
- Stufenerhöhung um weitere 1,5 % ab dem 1.4.2008,
- Stufenerhöhung um weitere 1,6 % zum 1.9.2008,
- zusätzlich Zahlung von 0,4 bzw. 0,5 % eines Monatsentgeltes ab 1.6.2007 bzw. 1.4.2008 als monatlicher Festbetrag,
- Laufzeit bis zum 31.3.2009,
- Öffnungsklausel: auf Basis einer Tarifvereinbarung kann vom Tariflohn im Tarifgebiet West um bis zu 8 % abgewichen werden,
- Anhebung der Mindestlöhne für das Tarifgebiet West auf 10,70 € bzw. 12,85 € mit Wirkung zum 1.9.2008,
- Neufestsetzung der Mindestlöhne für das Tarifgebiet Ost bis zum 31.3.2008.

Am 4.6. sorgten dann die Arbeitgeber des Bauhandwerks in Niedersachsen und Schleswig-Holstein für ein Scheitern, indem sie das Schlichtungsergebnis ablehnten. Die Baukonjunktur im Norden, so ihre Argumentation, verkrafte die Höhe des Abschlusses nicht. Außerdem wollten sie die im Schlichtungsergebnis enthaltene Öffnungsklausel noch weiter an ihre Vorstellungen anpassen, so dass betriebliche Abweichungen ohne Einbeziehung der IG BAU möglich würden. Dies stieß auf heftige Kritik insbesondere des Hauptverbandes der Bauindustrie, da Vertreter dieser beiden Regionalverbände an der Aushandlung des Schlichtungsergebnisses selbst beteiligt waren.

In einer **Urabstimmung** in den beiden betroffenen Tarifgebieten sprachen sich 87,9 % der Mitglieder für Streikmaßnahmen aus. Am 18.6. traten mehrere hundert Bauarbeiter auf rund 100 Baustellen in den **Streik**. In den folgenden Tagen weitete die Gewerkschaft den Arbeitskampf aus, Ende Juni befanden sich nach Gewerkschaftsangaben über 2.000 Bauarbeiter auf rund 300 Baustellen im Arbeitskampf. Nach Angaben der IG BAU arbeiten im Streikgebiet insgesamt rund 42.000 Beschäftigte am Bau, davon etwa 8.000 Alleinunternehmer. Von den

ArbeitnehmerInnen im Bauhandwerk in Niedersachsen und Schleswig-Holstein seien 9.800 IG BAU-Mitglieder. Nach zwei Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien auf einen Kompromiss. Danach wird der Schlichtungsspruch mit einer Änderung angenommen: beide Seiten werden umgehend beim Bundesarbeitsminister beantragen, den Mindestlohn West noch im Jahr 2007 auf 13 € zu erhöhen. Damit soll verhindert werden, dass sich die Schere zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Unternehmen weiter öffnet. Es wurde außerdem ein Verfahren vereinbart, wie die Firmentarifklausel umgesetzt werden kann, die auf Wunsch der Nordverbände in den Schlichtungsspruch aufgenommen wurde. Die Baugeverbeverbände Niedersachsens und Schleswig-Holsteins stimmten am 12.7. zwar zu, aber aufgrund des Widerstandes ostdeutscher Landesverbände gegen die Anhebung des Mindestlohnes lehnte der ZDB die Einigung ab. Die IG Bau bereitete daraufhin einen bundesweiten Streik vor. Nach weiteren Verhandlungen gelang Ende Juli schließlich doch noch die endgültige Einigung, der nach und nach alle Bauverbände zustimmten. Sie bestand in der Annahme des Schlichtungsergebnisses vom 19.5. sowie der „Nordvereinbarung“ vom 12. Juli allerdings ohne die darin vorgesehene Mindestloohnerhöhung.

Aus Sicht der IG BAU konnte eine „ansehnliche Einkommenserhöhung“ für die nächsten zwei Jahre durchgesetzt werden (Harnack 2008). Das Volumen sei durchaus mit anderen Tarifbereichen vergleichbar. Problematisch sei aber die generelle Einstellung der Arbeitgeberverbände zum Flächentarifvertrag. Es besteht nach gewerkschaftlicher Auffassung durchaus die Gefahr, dass das bundesweite Lohntarifvertragssystem im Baugewerbe auf dem Spiel steht.

3.4 Deutsche Telekom AG

Der Konflikt bei der Deutschen Telekom AG reicht bis weit vor das Jahr 2007 zurück. Vor dem Hintergrund anhaltender Marktanteilsverluste vor allem in der Festnetzsparte suchte das Management bereits seit längerem nach Möglichkeiten, die Kosten in diesem Bereich drastisch zu senken und setzte dabei vor allem auf Personalmaßnahmen. Seit der Übernahme eines Aktienpakets von 4,5 % durch den Finanzinvestor Blackstone im April 2006 wurde die Gangart des Konzerns nach Wahrnehmung von ver.di deutlich härter (Schröder). Der im November 2006 zum neuen Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens bestellte René Obermann legte nach mehrfachen Ankündigungen tief greifender Umstrukturierungen im Februar 2007 einen Sanierungsplan vor, der eine Ausgliederung von über 50.000 Beschäftigten in drei Tochtergesellschaften (T-Service) vorsah. Auf diese Weise sollten eine Arbeitszeitverlängerung und drastische Einschnitte in das bestehende Einkommen durchgesetzt werden. Konkret ging es dem Management um folgende Punkte:

- Absenkung der Entgelte um 12 %,
- Ausschluss von künftigen Tarifsteigerungen bis zum Jahr 2011,
- Reduzierung der Entgelte für neu eingestellte Beschäftigte bis auf knapp über 7 €/Stunde,
- Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich von 34 auf 38 Stunden bzw. bis zu 41 Stunden (BeamtInnen).

Ver.di lehnte dieses Konzept rundheraus ab und konzentrierte sich nach der Genehmigung der Pläne durch den Aufsichtsrat in seinen Forderungen auf einen umfassenden Schutz der betroffenen Beschäftigten. Dazu sollten tarifvertragliche Regelungen zum Schutz bei Auslagerung, eine Volltarifizierung der geplanten T-Service-Gesellschaften sowie ein beschäftigungspolitisches Stabilitätskonzept vereinbart werden. Konkret forderte die Gewerkschaft den Ausschluss von Entlassungen, Standortsicherheit, Erhalt bestehender Konditionen, Rücknahme und Ende der Personalabbaupläne sowie langfristige Sicherheit für die Zukunft. Am 28.2.2007 fand eine erste bundesweite Protestaktion statt, bei der sich allein am Konzernsitz in Bonn 13.000 Beschäftigte versammelten. Am 22. und 23.3. fanden erste Tarifverhandlungen über die geplante T-Service-Sparte statt. Weitere Verhandlungen folgten am 4.4.2007, ohne dass es zu Annäherungen kam. Ver.di versuchte durch intensive Warnstreiks von mehreren zehntausend Beschäftigten den Druck zu erhöhen. Nach fünf Verhandlungsrunden erklärte die Gewerkschaft am 26.4. die Verhandlungen für gescheitert. In einer Urabstimmung vom 7. - 9.5. sprachen sich 96,5 % der Mitglieder für Streik aus. Nach rund vierwöchigem Arbeitskampf nahmen die Tarifparteien am 13.6. die Verhandlungen wieder auf. Am 20.6. einigten sie sich auf folgenden Kompromiss:

- Absenkung des Niveaus um 6,5 %, dabei Absicherung der bisherigen Einkommen u.a. durch zeitlich gestaffelte Ausgleichszahlungen und feste Abschläge auf variable Vergütungsbestandteile,
- Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 34 auf 38 Stunden ohne Lohnausgleich, eine halbe Stunde ist für Qualifizierung vorgesehen,
- Schutz vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen: bei T-Service bis 31. Dezember 2012 und bei der Deutschen Telekom bis 31. Dezember 2009 verlängert,
- Verzicht der Telekom auf Ausgründung der T-Service-Gesellschaften bis 31. Dezember 2010; im Falle eines anschließenden Verkaufes Fortbestand der tariflichen Bestimmungen,
- unbefristete Einstellung von mehr als 4.000 Nachwuchskräften aus der eigenen Ausbildung in den Jahren 2007 bis 2009.

Die Große Tarifkommission empfahl, die Einigung anzunehmen. Bei den Mitgliedern gab es zunächst angesichts der immer noch kräftigen Einschnitte große Verunsicherung, doch nach einer intensiven organisationsinternen Aufklärungskampagne ergab die zweite Urabstimmung am 28. und 29. Juni eine Zustimmung von 72,6 % der rund 22.000 abstimmungsberechtigten Mitglieder.

Ver.di beurteilte das Ergebnis zurückhaltend: „Weder Triumph noch Debakel“ lautete die Einschätzung von ver.di-Vorstandsmitglied und Verhandlungsführer Lothar Schröder (Schröder 2007). Trotz aller Differenzierungen und Relativierungen bezeichnete er die Arbeitszeitverlängerung als einen „herben Rückschlag“ und bewertete die „deutliche Absenkung“ der Einstiegsentgelte für neu einzustellende Mitarbeiter „gleichfalls kritisch“. Von Dumpinglöhnen könne allerdings keine Rede sein. Als positiv stellte ver.di heraus, dass die vorhandenen Beschäftigten durch verschiedene Schutzregelungen „nominal keinen Cent“ einbüßen. Auch der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für fünfeinhalb Jahre sowie die Übernahme

wesentlicher Tarifverträge der Konzernmutter auf die neuen T-Service-Einheiten sei von großer Bedeutung. Insgesamt sei ein schlichtes Gesamtfazit schwer, wenn es allein mit den Kriterien „Sieg“ oder „Niederlage“ auskommen wolle.

Die Deutsche Telekom AG hob vor allem die „wettbewerbsfähigeren Kostenstrukturen“ hervor, die mit dem Abschluss erreicht würden. Allein durch die flexiblere Arbeitszeit und die 38-Stunden-Regelung werde der Konzern Kosten im dreistelligen Millionenbereich einsparen. Mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen liege die Deutsche Telekom gut im Zielkorridor der geplanten Einsparungen von 0,5 bis 0,9 Mrd. € im Jahr 2010.

3.5 Deutsche Bahn AG

Der Konflikt bei der Deutschen Bahn AG hatte eine tarifpolitische, aber mindestens in gleichem Maße auch organisationspolitische Bedeutung. Bereits seit Jahren hatte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) darauf hingearbeitet, die Interessen ihrer Mitglieder, vornehmlich der Lokomotivführer, unabhängig von den beiden anderen Bahngewerkschaften Transnet und GDBA als eigenständige Tarifvertragspartei zu vertreten. Nach einem gescheiterten Versuch im Jahr 2003 nutzte sie im vergangenen Jahr – von langer Hand geplant - ihre Chance, lehnte den von Transnet und GDBA ausgehandelten Tarifvertrag ab und stellte ihre eigenen, sehr viel weiterreichenden Forderungen auf. Im Kern ging es ihr dabei zum einen um einen völlig eigenständigen, vom sonstigen Tarifwerk des Unternehmens unabhängigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal (Lokführer und Zugbegleitpersonal) und zum andern um eine deutliche materielle Besserstellung insbesondere der Lokführer.

Transnet/GDBA-Forderung und Abschluss

Nach einer sehr umfangreichen Mitgliederdiskussion forderte die Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA im März eine Anhebung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 7 %, mindestens 150 € und stellte damit die höchste Forderung der Tarifrunde auf. Der Tarifvertrag lief zum 30.6. aus. Die Verhandlungen zu einem neuen Entgeltsystem, die bereits seit Jahresbeginn liefen, setzte Transnet aus, weil die Deutsche Bahn AG sie mit der laufenden Entgeltrunde verknüpfen wollte. Die Verhandlungen zur Einkommensrunde für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG begannen am 19.6. in Berlin. In der 2. Verhandlungsrunde am 26.6. legte die Arbeitgeberseite ein erstes Angebot vor. Es beinhaltete eine Sonderzahlung von 300 € für Juli bis Dezember 2007, Erhöhungen der Entgelte um jew. 2,0 % ab 1.1.2008 und 1.7.2009 bei einer Laufzeit von 30 Monaten. Transnet wies dieses Angebot als völlig unzureichend zurück. Nach der 3. Runde am 30.6./1.7. brach Transnet die Verhandlungen ab und rief zu Warnstreiks vom 2. bis 4.7. auf. Am 4.7. wurde in einem Spitzengespräch die Fortsetzung der Verhandlungen am 5.7. verabredet. Die Arbeitgeberseite legte ein verbessertes Angebot von 3,4 % ab Januar 2008 mit einer Laufzeit von 24 Monaten sowie eine Einmalzahlung von 450 € vor. Gleichzeitig sollte aber die Arbeitszeit von 39 auf 40 Stunden in der Woche angehoben werden. Transnet bezeichnete das neue Angebot als keinesfalls ausreichend und sah keine Notwendigkeit zur Einbeziehung der Arbeitszeit in die Verhandlungen. In der 5. Verhandlungsrunde am 8.7. legte die Arbeitgeberseite ein weiteres Angebot von

3,9 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten und einer Einmalzahlung von 500 € vor. Am 9.7. konnte Transnet dann folgendes **Ergebnis** erzielen:

- Einmalzahlung für die Monate Juli bis Dezember von 600 €
- Erhöhung der Entgelte von 4,5 % ab 1. Januar 2008,
- Laufzeit bis zum 31. Januar 2009.

Die bereits beim Abschluss im Jahr 2005 vereinbarte Tariferhöhung von 1,9 % zum 30.6.2007 wurde maximal bis zum Abschluss einer neuen Entgeltstruktur bzw. bis zum Laufzeitende im Januar 2009 ausgesetzt. Stattdessen erhalten die Beschäftigten bis dahin eine monatliche Pauschalzahlung von 50 €

Tarifkonflikt mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Die GDL hatte sich weder die Forderung von Transnet/GDBA zu eigen gemacht, noch an den Verhandlungen teilgenommen. Ebenfalls im März 2007 legte sie der Deutschen Bahn AG ihren Forderungskatalog für einen **Fahrpersonaltarifvertrag** vor. Er beinhaltete u.a. ein Einstiegsgehalt für Lokführer von 2.500 € brutto und damit rund 600 € mehr als bislang sowie zahlreiche Verbesserungen bei der Arbeitszeit. Bei der Entgeltberechnung sollen die Berufserfahrung der Mitarbeiter und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit eine weitaus stärkere Beachtung finden als dies bislang der Fall war. Dadurch sollte ein Endgehalt von knapp 3.000 € ermöglicht werden. Die Deutsche Bahn lehnte es grundsätzlich ab, Tarifverträge abzuschließen, die für einzelne Mitarbeitergruppen zu unterschiedlichen Tarifregelungen führen könnten. Darüber hinaus betrachtete sie die Forderungen der GDL als jenseits jeder Diskussionsfähigkeit. Die GDL führte nach Ablauf der Friedenspflicht Anfang Juli regionale Warnstreiks durch, die in letzter Minute am 10.7. vom Mainzer und Düsseldorfer Arbeitsgericht untersagt wurden. In einer Urabstimmung sprachen sich 95,8 % der Lokführer in der GDL für Streik aus. In einem Eilverfahren verhängte das vom Arbeitgeber angerufene Arbeitsgericht Nürnberg am 8.8. ein bundesweites Streikverbot gegen die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), was auf heftigen Protest nicht nur der GDL, sondern auch der DGB-Gewerkschaften sowie zahlreicher Arbeitsrechtler unterschiedlicher Provenienz stieß. In einem Vergleich erklärte sich die GDL zu einem befristeten Streikverzicht bereit.

Nach zweiwöchigen **Moderationsgesprächen** unter Leitung der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler einigten sich die Parteien am 28.8. auf ein Verfahren der Problemlösung. Bis 30.9. sollte es keine weiteren Arbeitsniederlegungen geben. Die Deutsche Bahn sollte parallele Tarifverhandlungen mit der GDL einerseits und den anderen beiden Gewerkschaften Transnet und GDBA andererseits aufnehmen. Dabei sollte die GDL über Entgelte und Arbeitszeiten für die Lokführer verhandeln können. Vorgesehen war eine enge Abstimmung mit den anderen beiden Bahn-Gewerkschaften Transnet und GDBA. Ziel waren „konflikt- und widerspruchsfreie“ Ergebnisse für den gesamten Konzern.

Dieses Verfahren scheiterte, sodass die GDL am 5.10. zu Streiks im Nahverkehr aufrief, nachdem das Arbeitsgericht Chemnitz Arbeitsniederlegungen im Fern- und Güterverkehr aus

Gründen der Verhältnismäßigkeit untersagt hatte. Weitere Streiks folgten am 12.10. Am 15.10. legte die Bahn ein neues Angebot vor. Es sah - wie bisher - die Übernahme des Tarifabschlusses mit der Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA vor. Zusätzlich könnten ArbeitnehmerInnen noch im Jahr 2007 1.400 € erhalten, in dem sie sich aufgelaufene Überstunden auszahlen lassen. Im Jahr 2008 könnten zusätzlich zu den 4,5 % weitere 5,0 % mehr Lohn hinzukommen durch eine bezahlte Verlängerung der Arbeitszeit von 41 auf 43 Stunden. Die GDL kritisierte dies als „in jedem Fall unzureichend“ und rief für den 18.10. erneut zu Streiks auf. Weitere Streiks folgten am 25. und 26.10. Nachdem das Landesarbeitsgericht Chemnitz das Streikverbot für den Fern- und Güterverkehr am 2.11. aufgehoben hatte, kam es vom 8. bis 10.11. und vom 14. bis 17.11. zu Streiks in diesen Bereichen in zahlreichen Städten im gesamten Bundesgebiet.

Unterdessen führten Transnet/GDBA ihre zwischenzeitlich wieder aufgenommenen Verhandlungen für einen neuen **Entgelttarifvertrag** weiter und einigten sich am 29.11. auf ein Zwischenergebnis: Danach werden den Beschäftigten bis Ende 2010 Einkommenssteigerungen von individuell mindestens 10 % garantiert. Die Einkommenssteigerungen der Einkommensrunden werden dabei angerechnet. Für die Einführung der neuen Entgeltstruktur wird ein Volumen von 4 % der Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 2007 bereitgestellt. Das Tarifvertragswerk soll aus einem funktionsübergreifenden Basistarifvertrag und sechs funktionspezifischen Tarifverträgen bestehen. In letzteren sollen die spezifischen Arbeitszeit- und Entgeltregelungen für die jeweiligen Tätigkeiten/Tätigkeitsgruppen geregelt werden.

Es folgten zahlreiche Gespräche zwischen GDL und Deutscher Bahn, die von ständigem Scheitern bedroht waren und nur durch mehrere Spitzengespräche (5.12. und 21.12.) unter Einschaltung von Bundesverkehrsminister Tiefensee in Gang gehalten wurden. Am 12.1.2008 einigten sich Bahnchef Mehdorn und GDL-Vorsitzender Schell auf folgende **Eckpunkte** für die Lokführer:

- eine Einmalzahlung von 800 € für den Zeitraum vom 1.7.2007 bis 29.2.2008,
- eine Entgeltvolumenerhöhung um 8 % ab 1.3.2008 und
- nochmals um 3 auf dann 11 % vom 1.9.2008 bis zum 1.2.2009.

Ab 1.2.2009 soll sich die wöchentliche Arbeitszeit auf dann 40 Stunden bei gleichem Entgelt verringern. Zusätzlich soll eine neue Entgeltstruktur für Lokomotivführer eingeführt werden, die die Berufserfahrung und die Qualifikationen berücksichtigt. Alle Lokomotivführer sollen am 1.3.2008 in diese neue Entgeltstruktur überführt werden. Dadurch soll die Spannbreite der jeweiligen individuellen Lohnerhöhungen der Lokomotivführer zwischen 7 und 15 % liegen. Die Details des Tarifvertrages sollen bis Ende Januar 2008 ausverhandelt sein. Wie sich diese dann mit den Ergebnissen der laufenden Entgeltstrukturverhandlungen von Transnet/GDBA vertragen und ob sie sich „widerspruchsfrei“ in das bestehende Tarifwerk einfügen, wird im Einzelnen zu prüfen sein. Für eine abschließende Bewertung ist es jedenfalls zu früh.

Auch die tarifpolitischen und -rechtlichen Konsequenzen der verschiedenen Verfahren vor den Arbeitsgerichten sind noch nicht absehbar. So hat die Deutsche Bahn AG am 24.12.2007 „pro forma“ Verfassungsbeschwerde gegen die Aufhebung des Streikverbots durch das LAG Chemnitz eingelegt. Überdies wird möglicherweise auch die (rechts-)politische Diskussion über eine mögliche Begrenzung des Streikrechts weiter anhalten.

4 Regulierung des Niedriglohnssektors

Nach monatelangen Kontroversen einigte sich die Große Koalition im Juni 2007 auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg auf einen Minimalkompromiss in Sachen Mindestlohn. Künftig soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf die Branchen ausgedehnt werden, in denen mindestens 50 % der Beschäftigten tarifgebunden sind. Anträge können von den Tarifparteien der interessierten Branchen bis Ende März 2008 gestellt werden. Für alle Bereiche, die die Voraussetzung zur Anwendung des Entsendegesetzes nicht erfüllen oder für die es überhaupt keine tariflichen Regelungen gibt, soll ein Mindestlohn auf der Grundlage des zu modernisierenden Mindestarbeitsbedingungengesetzes von 1952 festgesetzt werden können. Dies bedeutet, dass für jeden einzelnen Wirtschaftszweig jeweils ein gesondertes Verfahren geführt werden muss. Anfang Januar 2008 legte Bundesarbeitsminister Scholz die Referentenentwürfe zur Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vor.

Praktische Fortschritte gab es vor allem im Bereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes (siehe nachstehende Tabelle sowie die Gesamtübersicht in Tabelle 14 im Anhang):

- Das **Gebäudereinigerhandwerk** wurde in das Entsendegesetz aufgenommen. Die Tarifparteien einigten sich auf einen tarifvertraglichen Mindestlohn in Höhe von 7,87 € im Westen und 6,36 € im Osten, der zum 1.7.2007 in Kraft trat.
- Im **Elektrohandwerk** (Montage) verständigten sich die Tarifparteien erstmals seit 2003 wieder auf einen tariflichen Mindestlohn und zwar in Höhe von 9,20 € im Westen und 7,70 € im Osten, der zum 1.9.2007 in Kraft trat und zum Jahresbeginn 2008 auf 9,40 bzw. 7,90 € steigt.
- Für den Bereich der **Briefdienstleistungen** schloss ver.di einen Mindestlohntarifvertrag ab, der für Briefzusteller einen Mindestlohn von 9,80 bzw. 9,00 € (West bzw. Ost) und für andere Tätigkeiten mindestens 8,40 bzw. 8,00 € vorsieht. Nach heftigen politischen Kontroversen innerhalb der Großen Koalition und mit den neuen privaten Briefdienstleistern (PIN AG, TNT) wurde dieser tarifliche Mindestlohn zum 1.1.2008 für allgemeinverbindlich erklärt.
- Auch für den Bereich **Industrielle textile Dienste** (Großwäschereien) hat die IG Metall im Oktober einen Mindestlohntarifvertrag abgeschlossen mit einem Tarifniveau von 9,02 € im Westen und 7,83 € im Osten. Der Bereich ist allerdings noch nicht in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes aufgenommen.

Übersicht: Neue tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG im Jahr 2007 in €

Briefdienstleistungen		ab 01/2008	ab 01/2010
West inkl. Berlin	Briefzusteller	9,80	
	Mindestlohn	8,40	
Ost	Briefzusteller	9,00	9,80
	Mindestlohn	8,00	8,40
Elektrohandwerk (Montage)		ab 09/2007	ab 01/2008
West	Mindestentgelt	9,20	9,40
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	7,70	7,90
Gebäudereinigerhandwerk		ab 07/2007	ab 01/2008¹
West inkl. Berlin	unterste Lohngruppe	7,87	8,15
Ost	unterste Lohngruppe	6,36	6,58
Industrielle textile Dienste²		ab 11/2007	ab 03/2008¹
West	Mindestentgelt	9,02	9,20
		ab 06/2007	
Ost	Mindestentgelt	7,83	8,01

1) Unter der Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit.

2) Einbeziehung in das AEntG noch nicht erfolgt.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

Zu den Branchen, die ebenfalls an entsprechenden Regelungen interessiert sind, zählen u.a. die Entsorgungswirtschaft, das Wach- und Sicherheitsgewerbe und das Friseurgewerbe. Insgesamt ist der mögliche Anwendungsbereich des Entsendegesetzes begrenzt, denn Grundvoraussetzung ist zunächst, dass sich die Tarifparteien überhaupt auf einen tariflichen Mindestlohn verständigen. Zudem muss die Tarifbindung der bestehenden Tarifverträge bei mindestens 50 % liegen und die betroffene Branche muss auch räumlich flächendeckend erfasst werden.

5 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2008

In einigen Tarifbereichen wurden bereits Tarifierhöhungen für das Jahr 2008 vereinbart, wie die folgende Übersicht zeigt. Die Steigerungsraten bewegen sich zwischen 1,5 und 4,5 %.

Übersicht: Tariferhöhungen in 2008 (Erhöhungen aus Abschlüssen 2007)*

Branche	%	ab ... 2008
Bauhauptgewerbe	1,5	April
Deutsche Bahn AG	4,5	Januar
Druckindustrie	2,1	Juli
Metallindustrie	1,7	Juni
Papier erzeugende Industrie	2,0	Mai
Textilindustrie Ost	2,7	Juli
Versicherungsgewerbe	3,0	Januar

* Ohne Pauschal- und Einmalzahlungen

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2007

Im Jahr 2008 stehen im Übrigen in zahlreichen Wirtschaftszweigen Tarifverhandlungen an. In erster Linie werden die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden), in der Eisen- und Stahlindustrie und in der chemischen Industrie das Tarifgeschehen bestimmen. Die Vergütungstarifverträge bei Bund und Gemeinden sind Ende 2007 ausgelaufen, in der Stahlindustrie werden sie Ende Januar und in der Chemie regional unterschiedlich zwischen Ende Februar und Ende April auslaufen. In der Metallindustrie reicht die Laufzeit der Verträge bis Ende Oktober. Ver.di fordert für den öffentlichen Dienst 8,0 % mehr Entgelt, mindestens 200 € in der Stahlindustrie will die IG Metall ebenfalls 8,0 % durchsetzen, die IG BCE hat ihre Tarifforderung erstmals seit Jahren wieder beziffert, sie fordert 6,5 bis 7,0 %.

Literatur:

- BiBB (2007): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2007 - Weiterhin nur sehr geringer Anstieg, Pressemitteilung 1/2007 vom 8.1.2007.
- Bispinck, Reinhard und WSI-Tarifarchiv (2007), Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007, in: WSI-Mitteilungen 7/2007, S. 351-357.
- Bispinck, Reinhard (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg, i.E.
- Burkhard, Oliver (2008): Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2007 - Eine Bilanz, in R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg, i. E.
- Ehlscheid, Christoph/Urban, Hans-Jürgen (2007): Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive - Zur Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie, in: WSI-Mitteilungen 7/2007.
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2007): Der Abschwung kommt, IMK-Report Nr. 25, Dezember.
- Schröder, Lothar (2007): Der Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG, in: WSI-Mitteilungen 9/2007.
- Statistisches Bundesamt (2008): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2007, vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden.

Anhang zum WSI-Tarifbericht 2007

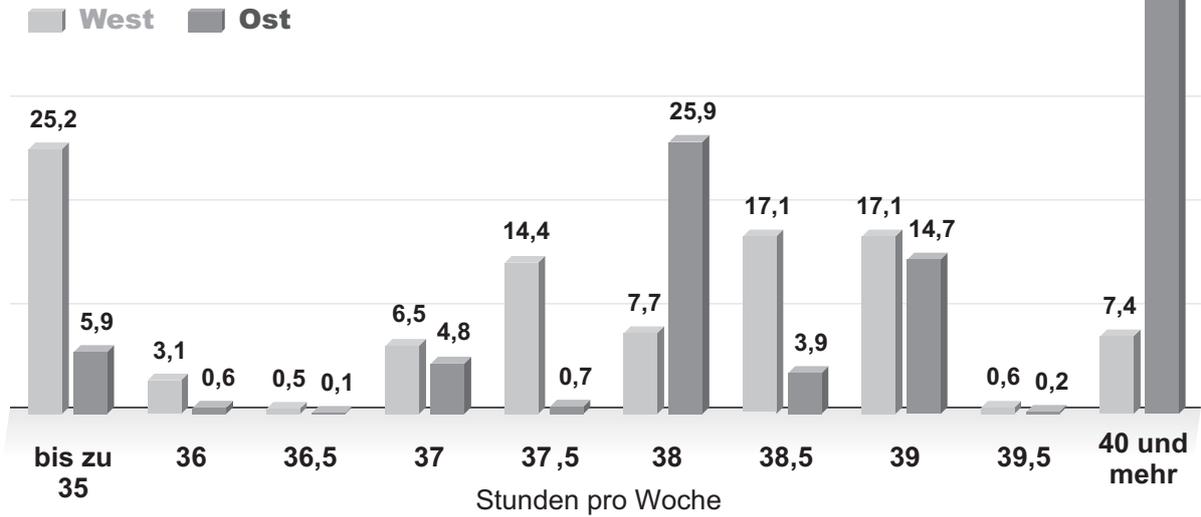
I. Grafiken West und Ost	Seite
1: Erhöhung der Tarifverdienste 2007 nach Wirtschaftsbereichen.....	31
2: Beschäftigte nach tariflicher Wochenarbeitszeit	32
 II. Tabellen West und Ost	
1: Anzahl der von Tarifverträgen erfassten und 2007 begünstigten Arbeitnehmer.....	33
2: Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2007	34
3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 2007	35
4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2007	36
5: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 2007	37
6: Tarifliche Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West (mittlere Gruppe)	38
7 a: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen West.....	39
7 b: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen Ost.....	40
8: Ausbildungsvergütungen.....	41 - 42
9: Tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2007.....	43
10: Tariflicher Urlaubsanspruch	44
11: Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit.....	45
12: Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen.....	46 - 47
13 a: Tarifliche Niedriglöhne West	48
13 b: Tarifliche Niedriglöhne Ost.....	49
14: Tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz	50
 III. Ausgewählte Tarifabschlüsse West und Ost	51 - 56

Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2007 gegenüber dem Vorjahr

gesamte Wirtschaft		2,2	<i>in Prozent</i>
Investitionsgüter	Ost		3,7
	West		3,4
	gesamt		3,4
Grundstoff- und Produktionsgüter			3,6
			2,5
			2,6
Verbrauchsgüter			2,6
			2,5
			2,5
Nahrungs- und Genussmittel			2,5
			2,1
			2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung			2,4
			2,1
			2,2
Baugewerbe			2,3
			1,9
			2,0
Handel			2,1
			2,0
			2,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau			1,8
			2,1
			2,0
Kreditinstitute, Versicherungen			1,8
			1,8
			1,8
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft			1,6
			1,8
			1,7
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck			1,7
			1,3
			1,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung			1,2
			0,5
			0,6

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007

Beschäftigte nach tariflich vereinbarter Wochenarbeitszeit 2007 in Prozent*



*inklusive künftig in Kraft tretender Stufen;

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2007

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfassten sowie von Lohn-, Gehalts- und Entgelterhöhungen im Jahre 2007 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)¹

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)

Wirtschaftsbereich ²		Von Tarifverträgen erfasste AN ³				Von Neuabschlüssen in 2007 begünstigte AN				AN ohne Neuabschlüsse	
		insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr ⁴
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	316,6	254,9	40,2	21,5	83,7	71,9	11,8	-	232,9	180,6
	W	193,9	157,7	19,2	17,0	72,0	62,1	9,9	-	121,9	84,3
	O	122,7	97,2	21,0	4,5	11,7	9,8	1,9	-	111,0	96,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	199,2	53,4	17,8	128,0	53,1	-	-	53,1	146,1	133,6
	W	145,5	43,9	14,0	87,6	26,7	-	-	26,7	118,8	112,0
	O	53,7	9,5	3,8	40,4	26,4	-	-	26,4	27,3	21,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.041,3	266,3	106,5	668,5	769,6	91,8	40,6	637,2	271,7	195,0
	W	924,6	217,9	90,7	616,0	706,2	80,3	36,8	589,1	218,4	162,8
	O	116,7	48,4	15,8	52,5	63,4	11,5	3,8	48,1	53,3	32,2
Investitionsgütergewerbe	G	4.624,4	2.602,7	1.500,6	521,1	4.025,2	2.415,8	1.414,4	195,0	599,2	266,3
	W	4.163,0	2.334,8	1.387,5	440,7	3.657,2	2.172,6	1.313,8	170,8	505,8	266,1
	O	461,4	267,9	113,1	80,4	368,0	243,2	100,6	24,2	93,4	0,2
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,3	758,5	332,3	147,5	709,5	410,9	188,5	110,1	528,8	300,1
	W	1.084,1	669,5	302,4	112,2	612,6	356,1	170,7	85,8	471,5	278,7
	O	154,2	89,0	29,9	35,3	96,9	54,8	17,8	24,3	57,3	21,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,3	200,7	150,9	254,7	286,4	94,8	81,2	110,4	319,9	118,0
	W	499,4	159,1	126,0	214,3	267,2	90,5	79,4	97,3	232,2	98,7
	O	106,9	41,6	24,9	40,4	19,2	4,3	1,8	13,1	87,7	19,3
Baugewerbe	G	877,0	682,7	194,3	-	718,3	573,2	145,1	-	158,7	79,9
	W	663,1	513,7	149,4	-	540,3	429,9	110,4	-	122,8	61,2
	O	213,9	169,0	44,9	-	178,0	143,3	34,7	-	35,9	18,7
Handel	G	3.185,7	719,6	2.397,8	68,3	1.097,7	343,4	754,3	-	2.088,0	2,3
	W	2.751,5	612,8	2.094,5	44,2	994,1	302,8	691,3	-	1.757,4	2,3
	O	434,2	106,8	303,3	24,1	103,6	40,6	63,0	-	330,6	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.218,0	494,0	192,1	531,9	521,9	177,7	83,4	260,8	696,1	385,4
	W	1.003,8	430,4	177,8	395,6	463,3	177,7	83,4	202,2	540,5	340,9
	O	214,2	63,6	14,3	136,3	58,6	-	-	58,6	155,6	44,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	590,3	-	-	590,3	166,0	-	-	166,0	424,3	257,2
	W	547,0	-	-	547,0	153,7	-	-	153,7	393,3	238,4
	O	43,3	-	-	43,3	12,3	-	-	12,3	31,0	18,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.108,4	620,0	805,6	1.682,8	644,6	74,4	96,8	473,4	2.463,8	857,0
	W	2.438,2	486,2	668,1	1.283,9	503,3	74,4	89,6	339,3	1.934,9	665,3
	O	670,2	133,8	137,5	398,9	141,3	-	7,2	134,1	528,9	191,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.433,5	24,9	157,2	2.251,4	65,1	10,1	55,0	-	2.368,4	266,1
	W	1.926,7	24,8	145,5	1.756,4	58,0	10,1	47,9	-	1.868,7	39,9
	O	506,8	0,1	11,7	495,0	7,1	-	7,1	-	499,7	226,2
Gesamte Wirtschaft	G	19.439,0	6.677,7	5.895,3	6.866,0	9.141,1	4.264,0	2.871,1	2.006,0	10.297,9	3.041,5
	W	16.340,8	5.650,8	5.175,1	5.514,9	8.054,6	3.756,5	2.633,2	1.664,9	8.286,2	2.350,6
	O	3.098,2	1.026,9	720,2	1.351,1	1.086,5	507,5	237,9	341,1	2.011,7	690,9

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 3) Alle Arbeitnehmer, die seit 2000 von mindestens einem Neuabschluss einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.
- 4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 2007 wirksam wurde.

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2007²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	davon: 2007 in Kraft getr. Tarifierhöhg. ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	71,9	4,8	11,8	4,8	-	-	83,7	4,8	3,0	83,7
	W	62,1	4,7	9,9	4,7	-	-	72,0	4,7	3,0	72,0
	O	9,8	5,6	1,9	5,5	-	-	11,7	5,6	3,0	11,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	-	-	-	-	53,1	3,1	53,1	3,1	3,1	53,1
	W	-	-	-	-	26,7	3,2	26,7	3,2	3,2	26,7
	O	-	-	-	-	26,4	3,1	26,4	3,1	3,1	26,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	91,8	4,2	40,6	4,1	637,2	3,6	769,6	3,7	3,5	769,6
	W	80,3	4,1	36,8	4,0	589,1	3,6	706,2	3,7	3,5	706,2
	O	11,5	5,1	3,8	5,1	48,1	3,6	63,4	4,0	3,5	63,4
Investitionsgütergewerbe	G	2.415,8	5,6	1.414,4	5,7	195,0	3,8	4.025,2	5,5	3,9	3.867,8
	W	2.172,6	5,6	1.313,8	5,7	170,8	3,7	3.657,2	5,5	3,9	3.513,0
	O	243,2	5,9	100,6	5,9	24,2	5,1	368,0	5,8	4,0	354,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	410,9	5,3	188,5	5,3	110,1	4,1	709,5	5,1	3,4	709,5
	W	356,1	5,4	170,7	5,3	85,8	3,5	612,6	5,1	3,4	612,6
	O	54,8	4,5	17,8	4,5	24,3	6,1	96,9	4,9	3,4	96,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	94,8	3,0	81,2	2,9	110,4	3,9	286,4	3,3	2,6	281,0
	W	90,5	3,0	79,4	2,9	97,3	4,0	267,2	3,3	2,6	261,8
	O	4,3	2,5	1,8	2,5	13,1	2,9	19,2	2,7	2,6	19,2
Baugewerbe	G	573,2	5,6	145,1	6,3	-	-	718,3	5,7	3,1	718,3
	W	429,9	5,6	110,4	6,3	-	-	540,3	5,7	3,1	540,3
	O	143,3	5,7	34,7	6,2	-	-	178,0	5,8	3,1	178,0
Handel	G	343,4	5,8	754,3	5,7	-	-	1.097,7	5,7	3,2	1.097,7
	W	302,8	5,8	691,3	5,7	-	-	994,1	5,7	3,2	994,1
	O	40,6	5,8	63,0	5,8	-	-	103,6	5,8	3,3	103,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	177,7	4,3	83,4	4,2	260,8	3,4	521,9	3,9	2,9	329,8
	W	177,7	4,3	83,4	4,2	202,2	3,5	463,3	4,0	2,9	322,8
	O	-	-	-	-	58,6	3,2	58,6	3,2	3,8	7,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	166,0	4,6	166,0	4,6	-	-
	W	-	-	-	-	153,7	4,6	153,7	4,6	-	-
	O	-	-	-	-	12,3	4,6	12,3	4,6	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	74,4	3,4	96,8	3,3	442,6	6,9	613,8	5,9	3,4	606,2
	W	74,4	3,4	89,6	3,3	314,9	6,6	478,9	5,5	3,2	472,0
	O	-	-	7,2	2,9	127,7	7,6	134,9	7,3	3,9	134,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	10,1	1,7	55,0	0,4	-	-	65,1	0,6	1,7	24,4
	W	10,1	1,7	47,9	0,5	-	-	58,0	0,7	1,7	24,4
	O	-	-	7,1	0,0	-	-	7,1	0,0	-	-
Gesamte Wirtschaft	G	4.264,0	5,4	2.871,1	5,4	1.975,2	4,4	9.110,3	5,2	3,5	8.541,1
	W	3.756,5	5,3	2.633,2	5,4	1.640,5	4,3	8.030,2	5,1	3,5	7.545,9
	O	507,5	5,6	237,9	5,5	334,7	5,3	1.080,1	5,5	3,6	995,2

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen¹ in der Tarifrunde 2007

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen								nach- richtlich		
		ins- gesamt	dar.: AN mitMonaten ohne Tarifierhöhung								AN mit Pauschal- zahlungen	durch- schnittl. Pauschal- zahlung pro Monat €
			1	2	3	4	5	6 und mehr	AN insg.			
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	83,7	-	-	68,8	-	-	14,9	83,7	-	-	
	W	72,0	-	-	57,1	-	-	14,9	72,0	-	-	
	O	11,7	-	-	11,7	-	-	-	11,7	-	-	
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	G	53,1	-	5,1	0,8	-	-	2,6	8,5	7,7	166	
	W	26,7	-	5,1	-	-	-	2,6	7,7	7,7	166	
	O	26,4	-	-	0,8	-	-	-	0,8	-	-	
Grundstoff- und Produk- tionsgütergewerbe	G	769,6	578,1	72,5	49,7	-	-	-	700,3	693,3	69	
	W	706,2	542,1	60,5	36,8	-	-	-	639,4	638,4	69	
	O	63,4	36,0	12,0	12,9	-	-	-	60,9	54,9	66	
Investitionsgütergewerbe	G	4.025,2	87,7	3.525,4	18,1	26,6	-	249,2	3.907,0	3.666,2	190	
	W	3.657,2	87,7	3.183,6	4,9	24,6	-	249,2	3.550,0	3.322,4	189	
	O	368,0	-	341,8	13,2	2,0	-	-	357,0	343,8	200	
Verbrauchsgütergewerbe	G	709,5	127,0	132,3	319,6	4,7	-	6,3	589,9	337,7	86	
	W	612,6	95,0	97,6	304,2	-	-	6,3	503,1	319,9	85	
	O	96,9	32,0	34,7	15,4	4,7	-	-	86,8	17,8	100	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	286,4	92,7	25,5	1,2	-	-	35,2	154,6	32,8	56	
	W	267,2	83,1	24,9	1,2	-	-	35,2	144,4	32,2	56	
	O	19,2	9,6	0,6	-	-	-	-	10,2	0,6	50	
Baugewerbe	G	718,3	-	597,8	-	-	-	120,5	718,3	-	-	
	W	540,3	-	443,7	-	-	-	96,6	540,3	-	-	
	O	178,0	-	154,1	-	-	-	23,9	178,0	-	-	
Handel	G	1.097,7	-	-	1.092,6	-	-	5,1	1.097,7	-	-	
	W	994,1	-	-	989,0	-	-	5,1	994,1	-	-	
	O	103,6	-	-	103,6	-	-	-	103,6	-	-	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	521,9	5,0	7,1	10,6	32,1	101,0	250,5	406,3	288,6	104	
	W	463,3	5,0	7,1	7,1	31,5	99,4	217,0	367,1	249,4	97	
	O	58,6	-	-	3,5	0,6	1,6	33,5	39,2	39,2	147	
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	166,0	-	-	-	166,0	-	-	166,0	166,0	75	
	W	153,7	-	-	-	153,7	-	-	153,7	153,7	75	
	O	12,3	-	-	-	12,3	-	-	12,3	12,3	75	
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	644,6	34,6	14,2	77,2	19,5	-	141,2	286,7	76,5	61	
	W	503,3	29,8	14,2	58,0	19,5	-	113,6	235,1	56,7	59	
	O	141,3	4,8	-	19,2	-	-	27,6	51,6	19,8	68	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	65,1	-	1,2	-	-	-	40,7	41,9	41,9	26	
	W	58,0	-	1,2	-	-	-	33,6	34,8	34,8	27	
	O	7,1	-	-	-	-	-	7,1	7,1	7,1	26	
Gesamte Wirtschaft	G	9.141,1	925,1	4.381,1	1.638,6	248,9	101,0	866,2	8.160,9	5.310,7	155	
	W	8.054,6	842,7	3.837,9	1.458,3	229,3	99,4	774,1	7.241,7	4.815,2	154	
	O	1.086,5	82,4	543,2	180,3	19,6	1,6	92,1	919,2	495,5	166	
Anteile in %	G	100,0	10,1	47,9	17,9	2,7	1,1	9,5	89,3	58,1		
	W	100,0	10,5	47,6	18,1	2,8	1,2	9,6	89,9	59,8		
	O	100,0	7,6	50,0	16,6	1,8	0,1	8,5	84,6	45,6		

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Vereinbarte Laufdauer¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2007

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	AN mit Neuab- schlüs- sen insge- samt	darunter entfallen auf Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten															durch- schnittl. Lauf- dauer	
		bis ein- schl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr			
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	83,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	68,0	15,7	32,3
	W	72,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	57,1	14,9	33,7
	O	11,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,9	0,8	23,3
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	G	53,1	-	16,0	25,6	-	0,8	3,0	-	5,1	-	-	-	-	-	-	2,6	13,9
	W	26,7	-	16,0	-	-	-	3,0	-	5,1	-	-	-	-	-	-	2,6	14,8
	O	26,4	-	-	25,6	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	G	769,6	-	23,5	62,8	578,0	41,9	4,1	-	-	55,7	-	-	-	-	-	3,6	14,3
	W	706,2	-	10,8	62,8	542,0	35,8	4,1	-	-	49,7	-	-	-	-	-	1,0	14,3
	O	63,4	-	12,7	-	36,0	6,1	-	-	-	6,0	-	-	-	-	-	2,6	14,6
Investitionsgüter- gewerbe	G	4.025,2	100,0	122,9	-	-	-	-	-	26,6	3.380,0	6,2	-	-	-	-	389,5	20,1
	W	3.657,2	100,0	122,9	-	-	-	-	-	24,6	3.038,2	6,2	-	-	-	-	365,3	20,2
	O	368,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	341,8	-	-	-	-	-	24,2	19,5
Verbrauchsgüter- gewerbe	G	709,5	-	3,1	54,8	82,1	31,0	17,8	-	34,9	6,8	-	2,4	36,7	4,5	435,4	21,1	
	W	612,6	-	-	54,8	82,1	-	16,8	-	29,0	6,8	-	2,4	36,7	-	384,0	21,2	
	O	96,9	-	3,1	-	-	31,0	1,0	-	5,9	-	-	-	-	4,5	51,4	20,4	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	286,4	-	58,6	40,2	66,4	-	-	-	4,1	2,6	-	-	-	-	114,5	18,9	
	W	267,2	-	50,9	33,7	62,5	-	-	-	4,1	2,6	-	-	-	-	113,4	19,2	
	O	19,2	-	7,7	6,5	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,1	13,4	
Baugewerbe	G	718,3	-	11,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	706,9	27,1	
	W	540,3	-	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	534,2	27,5	
	O	178,0	-	5,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	172,7	26,1	
Handel	G	1.097,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.097,7	24,1	
	W	994,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	994,1	24,1	
	O	103,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	103,6	24,0	
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	G	521,9	-	12,1	-	20,6	7,1	24,8	86,4	-	144,6	-	5,0	-	-	221,3	32,3	
	W	463,3	-	12,1	-	20,6	7,1	24,8	67,7	-	107,6	-	5,0	-	-	218,4	34,1	
	O	58,6	-	-	-	-	-	-	18,7	-	37,0	-	-	-	-	2,9	18,6	
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe	G	166,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	166,0	25,0	
	W	153,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	153,7	25,0	
	O	12,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,3	25,0	
Private Dienstleistun- gen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	644,6	-	116,1	14,1	228,0	-	-	0,6	8,2	2,1	-	-	-	-	271,1	29,5	
	W	503,3	-	101,9	14,1	155,3	-	-	0,6	7,0	1,4	-	-	-	-	218,6	29,4	
	O	141,3	-	14,2	-	72,7	-	-	-	1,2	0,7	-	-	-	-	52,5	29,9	
Gebietskörper- schaften, Sozialversicherung	G	65,1	40,7	24,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11,4
	W	58,0	33,6	24,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11,4
	O	7,1	7,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11,0
Gesamte Wirtschaft	G	9.141,1	140,7	388,1	197,5	975,1	80,8	49,7	87,0	78,9	3.591,8	6,2	7,4	36,7	72,5	3.424,3	22,2	
	W	8.054,6	133,6	345,1	165,4	862,5	42,9	48,7	68,3	69,8	3.206,3	6,2	7,4	36,7	57,1	3.000,2	22,2	
	O	1.086,5	7,1	43,0	32,1	112,6	37,9	1,0	18,7	9,1	385,5	-	-	-	15,4	424,1	21,9	
Anteile in %	G		1,5	4,2	2,2	10,7	0,9	0,5	1,0	0,9	39,3	0,1	0,1	0,4	0,8	37,5		
	W		1,7	4,3	2,1	10,7	0,5	0,6	0,8	0,9	39,8	0,1	0,1	0,5	0,7	37,3		
	O		0,7	4,0	3,0	10,4	3,5	0,1	1,7	0,8	35,5	-	-	-	1,4	39,0		

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschl. sog. „Nullmonate“ und durch Pauschalzahlungen abgegoltener „Verzögerungsmonate“ der Tarifierhöhung.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2007¹ (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	227,5	1,7	36,3	1,6	0,5	0,9	264,3	1,7
	W	139,5	1,8	16,8	1,7	-	-	156,3	1,8
	O	88,0	1,6	19,5	1,6	0,5	0,9	108,0	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	48,5	0,7	14,0	0,8	124,2	2,7	186,7	2,0
	W	41,4	0,6	11,5	0,7	85,8	3,0	138,7	2,1
	O	7,1	1,4	2,5	1,5	38,4	1,9	48,0	1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	213,4	3,5	85,3	3,5	665,9	2,2	964,6	2,6
	W	181,0	3,4	74,6	3,5	613,4	2,2	869,0	2,5
	O	32,4	4,0	10,7	3,9	52,5	3,3	95,6	3,6
Investitionsgütergewerbe	G	2.476,2	3,6	1.451,0	3,6	364,3	1,8	4.291,5	3,4
	W	2.232,9	3,5	1.350,3	3,6	340,1	1,8	3.923,3	3,4
	O	243,3	3,8	100,7	3,8	24,2	2,1	368,2	3,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	593,5	2,6	275,9	2,5	140,2	2,3	1.009,6	2,5
	W	530,7	2,5	255,7	2,4	104,9	2,4	891,3	2,5
	O	62,8	2,9	20,2	2,7	35,3	2,0	118,3	2,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	116,4	2,1	94,4	2,1	193,6	2,2	404,4	2,2
	W	107,3	2,0	90,0	2,1	168,6	2,2	365,9	2,1
	O	9,1	3,2	4,4	3,3	25,0	2,0	38,5	2,5
Baugewerbe	G	612,5	2,0	161,8	2,1	-	-	774,3	2,0
	W	477,8	1,9	123,7	2,1	-	-	601,5	1,9
	O	134,7	2,3	38,1	2,3	-	-	172,8	2,3
Handel	G	345,3	2,0	754,7	2,0	-	-	1.100,0	2,0
	W	304,7	2,0	691,7	2,0	-	-	996,4	2,0
	O	40,6	2,1	63,0	2,1	-	-	103,6	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	358,9	2,1	159,5	2,1	407,7	2,3	926,1	2,2
	W	355,6	2,1	157,3	2,1	308,2	2,2	821,1	2,1
	O	3,3	1,9	2,2	1,9	99,5	2,4	105,0	2,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	423,2	1,8	423,2	1,8
	W	-	-	-	-	392,1	1,8	392,1	1,8
	O	-	-	-	-	31,1	1,8	31,1	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	486,2	0,6	204,1	1,5	1.093,6	1,8	1.783,9	1,4
	W	401,6	0,6	177,1	1,5	813,2	1,7	1.391,9	1,3
	O	84,6	0,4	27,0	1,2	280,4	2,1	392,0	1,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	10,1	2,1	63,2	1,0	2.201,1	0,6	2.274,4	0,6
	W	10,1	2,1	54,0	1,0	1.706,1	0,5	1.770,2	0,5
	O	-	-	9,2	0,7	495,0	1,2	504,2	1,2
Gesamte Wirtschaft	G	5.488,5	2,7	3.300,2	2,7	5.614,3	1,5	14.403,0	2,2
	W	4.782,6	2,7	3.002,7	2,7	4.532,4	1,4	12.317,7	2,2
	O	705,9	2,6	297,5	2,7	1.081,9	1,8	2.085,3	2,2

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2007 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2006 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne Berücksichtigung der ERA-Strukturkomponenten aus den Abschlüssen 2002 und 2004 der Metall- und Elektroindustrie.

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergütungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L G	1.282 1.230	1.782 1.680	71,9 73,2
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.491	2.548	97,8
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L G	1.753 1.960	1.753 1.960	100,0 100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.310	2.600	88,8
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.184	3.184	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	L G	1.997 2.454	1.997 2.454	100,0 100,0
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.783	1.979	90,1
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.832	L: 2.060 G: 2.471	88,9 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L G	1.974 2.291	1.984 2.291	99,5 100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L G	2.360 2.494	2.360 2.494	100,0 100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.798	L: 1.813 G: 2.484	99,2 73,4
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.152	2.255	95,4 ³
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L G	2.125 1.722	2.383 1.929	89,2 89,3
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L G	2.070 1.934	2.158 2.108	95,9 97,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L G	1.972 1.977	1.973 1.977	99,8 100,0
Deutsche Bahn AG Konzern ⁴ Ost/West	E	1.737	1.737	100,0
Deutsche Post AG	E	2.183	2.183	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.580	2.580	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.772 G: 2.110	65,0 54,6
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.629	2.629	100,0
Versicherungsgewerbe (Innendienst) Ost/West	E	2.389	2.389	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁵	1.315	1.719	76,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L G	1.464 ⁶ 2.141	1.952 ⁶ 2.141	75,0 100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Länder Gemeinden	E E	2.021 2.119	2.185 2.185	92,5 97,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 5) Eingangsstufe.
- 6) Mindestlohn LGr. 1 - 7.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹ in ausgewählten Tarifbereichen West

Tarifbereich	Vergütungsart ³	unterste Gruppe		mittlere ² Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Bayern	L G	1.134 949	1.134 949	1.782 1.324	1.782 1.680	1.992 3.499	1.992 3.814	175,7 401,9
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	1.298	1.580	2.093	2.548	3.997	4.866	374,9
Steinkohlenbergbau Ruhr	L G	1.367 1.152	1.367 1.484	1.716 1.520	1.716 2.112	2.512 2.723	2.512 3.291	183,8 285,7
Eisen- und Stahlindustrie NRW	L G	1.430 1.277	1.430 1.561	1.753 1.598	1.753 1.960	2.154 3.274	2.154 3.766	150,6 294,9
Chemische Industrie Nordrhein	E	1.948	1.948	2.281	2.646	4.564	4.564	234,3
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁴	2.155	2.155	3.184	3.184	4.737	4.737	219,8
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	L G	1.695 1.587	1.695 1.867	1.994 1.946	1.994 2.289	2.692 4.258	2.692 4.258	158,8 268,3
Kfz-Gewerbe NRW	E	1.556	1.556	1.765	1.765	3.244	3.244	208,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westfalen-Lippe	L G	1.823 1.794	1.823 1.794	2.119 2.132	2.119 2.508	2.119 4.044	2.119 4.044	116,2 225,4
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	L G	1.488 1.503	1.488 1.881	1.826 1.802	1.984 2.466	2.380 3.580	2.380 3.580	159,9 238,2
Druckindustrie Arb.: Bundesgebiet-West Ang.: NRW	L G	1.747 ⁵ 1.505	1.888 2.070	2.242 1.724	2.360 2.360	2.832 4.422	2.832 4.422	162,1 293,8
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	L G	1.631 1.535	1.650 1.972	1.780 2.015	1.813 2.484	1.886 3.953	1.918 3.953	117,6 257,5
Bekleidungsindustrie Bayern	L G	1.276 ⁶ 1.462	1.501 2.074	1.803 1.553	1.803 2.417	2.184 2.461	2.184 3.566	171,2 243,9
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	1.518	1.518	2.076	2.255	3.875	3.875	255,3
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	L ⁷ G ⁷	1.801 ⁸ 1.672	1.801 ⁸ 1.672	2.383 1.929	2.383 1.929	2.988 4.719	2.988 4.719	165,9 282,2
Großhandel NRW	L G	1.483 1.401	1.483 1.830	2.158 1.704	2.158 2.108	2.351 3.298	2.351 3.790	158,5 270,5
Einzelhandel NRW	L G	1.601 1.199	1.948 1.531	1.787 1.575	2.311 2.006	2.144 2.459	2.773 3.824	173,2 318,9
Deutsche Bahn AG Konzern ⁹	E	1.244	1.395	1.688	1.737	5.650	6.054	486,7
Deutsche Post AG ¹⁰	E	1.475	1.740	1.740	2.183	3.315	4.132	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.852	2.289	2.168	2.580	4.582 ¹¹	5.658 ¹¹	305,5
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	L G	1.574 1.356	1.574 1.639	1.733 ¹² 1.542	1.733 ¹² 2.032	1.793 ¹² 2.402	1.793 ¹² 3.112	113,9 229,5
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.853	2.186	2.102	2.629	3.637	4.092	220,8
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	2.009	2.009	2.090	2.389	3.254	3.923	195,3
Hotel- und Gaststättengewerbe ¹³ Bayern	E	1.275	1.384	1.719	1.719	2.620	2.620	205,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Bundesgebiet West / Ang.: Berlin	L G	1.329 ¹⁴ 1.338	1.329 ¹⁴ 1.604	1.952 ¹⁴ 1.876	1.952 ¹⁴ 2.141	2.246 2.308	2.246 2.810	169,0 210,0
Öffentlicher Dienst Bund, Länder Gemeinden	E E	1.286 1.286	1.440 1.440	1.688 1.688	2.185 2.185	3.384 3.384	4.780 5.030	371,7 391,1

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 3) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 4) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 5) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).
- 6) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 % für die ersten 6 Wochen).
- 7) Lohn: ohne Hamburg; Gehalt Bayern: zzgl. evtl. Ausgleichsbeträge als Besitzstand.
- 8) Mindestlohn LGr. 1.
- 9) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 10) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,40/9,80 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.406/1.641 € mtl.) ab 01.01.08.
- 11) Angabe im TV Jahresentgelt. Monatsbasis eigene Berechnung.
- 12) Kraftfahrer auf Basis einer 39-Stunden-Woche.
- 13) Festbesoldetes Personal.
- 14) Mindestlohn LGr. 1 - 7.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹ in ausgewählten Tarifbereichen Ost

Tarifbereich	Vergütungsart ³	unterste Gruppe		mittlere ² Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft	L	1.112	1.112	1.282	1.282	1.672	1.672	150,4
Mecklenburg-Vorpommern	G	996	996	1.230	1.230	2.949	2.949	296,1
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	E	1.661	1.993	2.076	2.491	3.903	4.683	281,9
Eisen- und Stahlindustrie	L	1.430	1.430	1.753	1.753	2.154	2.154	150,6
	G	1.277	1.561	1.598	1.960	3.274	3.766	294,9
Chemische Industrie	E	1.839	1.839	2.133	2.310	4.046	4.046	220,0
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁴	2.155	2.155	3.184	3.184	4.737	4.737	219,8
Metall- und Elektroindustrie	L	1.653	1.653	1.997	1.997	2.654	2.654	160,6
Sachsen	G	1.398	1.762	1.956	2.454	4.011	4.478	320,3
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.501	1.501	1.783	1.783	2.816	2.816	187,6
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie	E	1.557	1.557	1.832	1.832	3.298	3.298	211,8
Sachsen								
Papier verarbeitende Industrie	L	1.482	1.482	1.816	1.974	2.370	2.370	159,9
Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	G	1.260	1.762	1.700	2.291	3.492	3.492	277,1
Druckindustrie	L	1.747	1.888	2.242	2.360	2.832	2.832	162,1
Ang.: ohne Berlin u. Brandenburg	G	1.484	2.021	1.745	2.494	4.422	4.422	298,0
Textilindustrie	E ⁴	1.267	1.348	1.690	1.798	2.874	3.057	241,3
Süßwarenindustrie	E	1.486	1.486	1.958	2.152	3.957	3.957	266,3
Bauhauptgewerbe	L	1.559 ⁵	1.559 ⁵	2.125	2.125	2.662	2.662	170,8
(ohne Berlin Ost)	G	1.491	1.491	1.722	1.722	4.210	4.210	282,4
Großhandel	L	1.516	1.516	2.070	2.070	2.219	2.219	146,4
Sachsen-Anhalt	G	1.232	1.455	1.516	1.934	2.774	3.152	255,8
Einzelhandel Brandenburg	L	1.208	1.569	1.518	1.972	2.376	2.376	196,7
	G	1.357	1.696	1.656	1.977	2.386	3.688	271,8
Deutsche Bahn AG Konzern⁶	E	1.244	1.395	1.688	1.737	5.650	6.054	486,7
Deutsche Post AG⁷	E	1.475	1.740	1.740	2.183	3.315	4.132	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.852	2.289	2.168	2.580	4.582 ⁸	5.658 ⁸	305,5
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen	E ⁹	886	886	1.062	1.152	1.062	1.152	130,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.853	2.186	2.102	2.629	3.637	4.092	220,8
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	2.009	2.009	2.090	2.389	3.254	3.923	195,3
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E	1.109	1.109	1.315	1.371	1.744	1.744	157,3
Gebäudereinigerhandwerk	L	1.074 ¹⁰	1.074 ¹⁰	1.464 ¹⁰	1.464 ¹⁰	1.681	1.681	156,5
Arb.: Mecklenb.-Vorp., Thüringen, Sachsen	G	1.338	1.604	1.876	2.141	2.308	2.810	210,0
Ang.: Berlin								
Öffentlicher Dienst	E	1.190	1.332	1.561	2.021	3.130	4.422	371,6
Bund, Länder	E	1.247	1.397	1.637	2.119	3.282	4.879	391,3
Gemeinden								

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 3) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 4) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 5) Mindestlohn LGr. 1.
- 6) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 7) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,00/9,00 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.339/1.507 € mtl.) ab 01.01.08.
- 8) Angabe im TV Jahresentgelt. Monatsbasis eigene Berechnung.
- 9) Fahrendes Personal.
- 10) Mindestlohn LGr. 1 -7.

Tabelle 8:

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden¹ in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost

Tarifbereich	1. Ausbildungs- jahr	2. Ausbildungs- jahr	3. Ausbildungs- jahr	4. Ausbildungs- jahr	Erhöhung ge- genüber Dezem- ber 2006 im 3. Ausbildungsjahr %
	€	€	€	€	
Landwirtschaft ² Bayern	434/471	471/525	540/607	-	0,0
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	450	485	550	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich) ³	605	693	783	872	0,0
	592	683	774	865	3,2
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	539	623	709	799	3,1
Steinkohlenbergbau Ruhr ⁵	504	565	626	687	1,6
Eisen- und Stahlindustrie NRW ⁶ , Ost	619	640	677	722	0,0
Chemische Industrie Nordrhein	679	758	839	908	3,6
Chemische Industrie Ost	637	682	733	787	6,2
Shell Deutschland Oil GmbH	767	834	915	995	3,9
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden ⁷	752	796	865	929	4,1
Metall- und Elektroindustrie Sachsen ⁸	705	755	817	860	4,1
Kfz-Gewerbe NRW ²	468/515	494/543	544/598	599/659	1,9/1,9
Kfz-Gewerbe Thüringen	415	470	530	580	3,9
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	630	672	727	-	3,6
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	498	539	579	-	3,6
Papier verarbeitende Industrie Westfalen, Sachs.-Anh., Thüringen, Sachsen	676	736	797	857	2,0
Druckindustrie	797	849	900	951	3,1
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	599	662	736	797	1,9
Textilindustrie Ost	500	541	603	658	3,1
Bekleidungsindustrie Bayern	529	580 (591)	660 (683)	-	2,1 (1,9)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	615	690	782	850	2,4
Süßwarenindustrie Ost	539	625	710	775	2,0
Bauhauptgewerbe ⁹ , (West ohne Berlin-West)	571 (566)	887 (789)	1.120 (1.030)	1.260 (-)	3,1 (3,1)
Bauhauptgewerbe (Ost ohne Berlin-Ost)	490 (484)	684 (609)	864 (796)	972 (-)	0,0 (0,0)
Großhandel NRW	660	732	798	-	1,9
Großhandel Sachsen-Anhalt	583	646	686	-	2,2
Einzelhandel NRW	604	672	768	819	0,0
Einzelhandel Brandenburg	537	605	693	-	0,0
Deutsche Bahn AG Konzern ¹⁰	608	658	709	759	0,0
Deutsche Post AG ¹¹	684	739	788	857	0,0
	622 ¹²	693	763	-	2,6
Deutsche Telekom AG	696	748	796	863	0,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	504	588	654	-	1,9
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen ¹³	332	387	442	-	0,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	750	810	869	-	1,5
Versicherungsgewerbe	744	817	889	-	0,5
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern ²	480/550	630	710	-	1,9
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	410	500	560	-	1,8
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West kaufm.: Berlin-West	513 (502)	615 (601)	718 (704)	-	0,0 (0,0)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Mecklenb.- Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt kaufm.: Berlin-Ost	359 (502)	431 (601)	513 (704)	-	0,0 (0,0)
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden West	617	666	711	773	0,0
Öffentlicher Dienst Bund, Länder/Gemeinden Ost	571/599	616/646	658/690	715/750	0,0/1,6

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten zu Tabelle 8

- 1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
- 2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
- 3) Für bis zum 30.06.06 eingestellte Ausz.
- 4) Für ab dem 01.07.06 eingestellte Ausz.
- 5) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
- 6) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
- 7) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
- 8) Auszubildende in den Berufen als Schmied/Former erhalten einen Zuschlag von 25,56/30,68 € mtl.
- 9) Für Hamburg Sonderregelung.
- 10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 11) Für bis zum 01.04.04 eingestellte Ausz.
- 12) Für ab dem 01.04.04 eingestellte Ausz.
- 13) Eigene Berechnung.

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit^{1, 2}- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten³ - Anteile in % -

Wirtschaftsbereich ⁴	erfasste AN insgesamt	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in % ⁵										Durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ	
		bis zu 35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 u. mehr		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	309,9	-	-	-	-	-	-	2,3	36,7	1,4	59,6	39,6
	W	189,2	-	-	-	-	-	-	3,8	53,9	2,3	40,0	39,4
	O	120,7	-	-	-	-	-	-	-	9,7	-	90,3	39,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	199,2	-	9,4	-	8,0	0,5	49,6	-	-	-	32,5	38,4
	W	145,5	-	12,9	-	11,0	0,7	44,9	-	-	-	30,5	38,2
	O	53,7	-	-	-	-	-	62,2	-	-	-	37,8	38,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.044,5	15,1	-	-	0,8	55,9	16,4	-	2,9	-	8,9	37,5
	W	928,3	15,3	-	-	-	62,9	17,6	-	2,6	-	1,7	37,3
	O	116,2	13,9	-	-	7,3	-	6,8	-	5,2	-	66,7	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.872,1	64,6	9,6	1,5	11,1	0,7	9,3	1,8	0,4	-	1,0	35,6
	W	4.322,3	72,8	10,4	1,7	10,7	0,3	1,9	2,0	-	-	0,1	35,3
	O	549,8	-	3,1	-	14,4	3,9	67,6	-	3,2	-	7,8	38,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,3	36,8	0,5	-	21,1	4,6	21,7	5,1	3,1	0,1	7,0	36,9
	W	1.084,1	42,0	0,5	-	23,4	5,3	19,2	5,8	2,8	0,1	0,9	36,5
	O	154,2	-	-	-	5,0	-	39,5	-	5,3	-	50,2	39,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	605,0	-	4,6	-	8,0	5,6	39,1	7,1	15,3	-	20,3	38,4
	W	498,0	-	5,6	-	9,5	6,6	45,9	7,6	16,0	-	8,7	38,1
	O	107,0	-	-	-	0,9	0,7	7,7	4,4	12,3	-	74,0	39,6
Baugewerbe	G	873,9	-	-	-	-	-	0,5	0,9	18,4	0,5	79,7	39,8
	W	661,0	-	-	-	-	-	0,6	1,1	18,6	0,5	79,1	39,8
	O	212,9	-	-	-	-	-	-	-	17,8	0,5	81,8	39,8
Handel	G	3.193,5	-	-	-	1,7	51,3	8,9	32,1	5,7	0,1	0,3	38,0
	W	2.755,4	-	-	-	1,9	59,4	0,4	36,9	1,2	-	0,0	37,9
	O	438,1	-	-	-	-	-	62,0	1,3	34,2	0,4	2,1	38,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.202,8	1,5	-	-	-	1,6	17,4	31,2	31,7	-	14,6	38,7
	W	991,2	1,2	-	-	-	1,8	19,5	33,0	35,1	-	7,0	38,6
	O	211,6	2,8	-	-	-	0,3	7,5	23,1	16,1	-	50,2	39,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	590,3	-	-	-	-	-	28,1	-	71,9	-	-	38,7
	W	547,0	-	-	-	-	-	28,1	-	71,9	-	-	38,7
	O	43,3	-	-	-	-	-	28,4	-	71,6	-	-	38,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.072,6	17,5	0,3	0,3	9,3	0,3	6,2	21,3	31,3	-	11,4	38,0
	W	2.406,5	15,5	0,3	0,4	9,5	0,4	6,2	24,7	36,0	-	4,8	38,0
	O	666,1	24,7	0,1	0,3	8,4	-	6,6	8,8	14,1	-	35,2	38,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.441,3	0,4	-	-	-	0,0	0,3	27,4	35,4	3,5	30,5	39,2
	W	1.867,0	0,5	-	-	-	0,1	0,3	35,5	42,8	4,4	16,4	39,0
	O	514,4	0,2	-	-	-	-	0,2	1,4	12,8	0,6	84,9	39,8
Gesamte Wirtschaft	G	19.643,4	22,0	2,7	0,4	6,2	12,1	10,6	14,9	16,6	0,5	13,1	37,6
	W	16.395,5	25,2	3,1	0,5	6,5	14,4	7,7	17,1	17,1	0,6	7,4	37,4
	O	3.188,0	5,9	0,6	0,1	4,8	0,7	25,9	3,9	14,7	0,2	42,9	38,8

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.2007 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).
- Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken erklärt sich zum einen daraus, dass die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, dass den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.
- Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder mit Sonderregelung.

Tariflicher Urlaubsanspruch¹
- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch
			Anzahl in 1.000	%	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	309,9	-	-	24,0	27,6	25,8
	W	189,2	-	-	25,1	27,9	26,5
	O	120,7	-	-	22,4	27,2	24,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	199,2	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	145,5	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	53,7	-	-	29,8	29,8	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.044,5	-	-	29,8	29,9	29,8
	W	928,3	-	-	29,9	30,0	30,0
	O	116,2	-	-	28,4	29,4	28,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.872,1	1.076,7	22,1	29,9	30,2	30,1
	W	4.322,3	1.076,7	24,9	30,0	30,2	30,1
	O	549,8	-	-	29,7	29,8	29,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,3	123,5	10,0	29,4	30,0	29,7
	W	1.084,1	123,5	11,4	29,6	30,2	29,9
	O	154,2	-	-	28,4	29,1	28,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	605,0	86,0	14,2	26,7	29,6	28,2
	W	498,0	83,5	16,8	27,3	30,3	28,8
	O	107,0	2,5	2,3	24,0	26,7	25,4
Baugewerbe	G	873,9	-	-	28,9	30,0	29,5
	W	661,0	-	-	28,9	30,0	29,4
	O	212,9	-	-	29,0	30,0	29,5
Handel	G	3.193,5	262,4	8,2	27,3	30,1	28,7
	W	2.755,4	262,4	9,5	27,5	30,1	28,8
	O	438,1	-	-	26,2	30,0	28,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.202,8	79,5	6,6	26,7	29,8	28,3
	W	991,2	79,4	8,0	26,9	30,0	28,5
	O	211,6	0,1	0,0	25,6	29,0	27,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	590,3	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	547,0	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	43,3	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.072,6	161,5	5,3	25,4	29,9	27,6
	W	2.406,5	145,3	6,0	25,6	30,0	27,8
	O	666,1	16,2	2,4	24,5	29,5	27,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.441,3	51,1	2,1	26,1	30,0	28,1
	W	1.867,0	43,0	2,3	26,2	30,0	28,1
	O	514,4	8,1	1,6	26,1	30,0	28,0
Gesamte Wirtschaft	G	19.643,4	1.840,7	9,4	27,9	30,0	28,9
	W	16.395,5	1.813,8	11,1	28,1	30,1	29,1
	O	3.188,0	26,9	0,8	26,7	29,5	28,1

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Tarifliche Sonderregelungen zum Urlaub, wie z. B. die Freie-Tage-Regelung in der Seeschifffahrt, bleiben bei der Berechnung des Grund- und Endurlaubs unberücksichtigt.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit¹

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden in Kraft zum 31.12.07	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch in AT	Arbeitstage pro Jahr ⁴	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden ⁵
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	309,9	39,7	25,8	222,9	1.768,1
	W	189,2	39,4	26,5	222,3	1.751,4
	O	120,7	40,1	24,8	223,8	1.794,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	199,2	38,4	30,0	213,6	1.637,7
	W	145,5	38,2	30,0	211,9	1.617,8
	O	53,7	38,8	29,8	218,2	1.691,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.044,5	37,5	29,8	219,3	1.644,4
	W	928,3	37,3	30,0	219,1	1.634,2
	O	116,2	39,0	28,9	220,5	1.725,8
Investitionsgütergewerbe	G	4.872,1	35,6	30,1	219,1	1.561,7
	W	4.322,3	35,3	30,1	219,0	1.548,4
	O	549,8	38,0	29,7	219,4	1.666,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,3	36,9	29,7	219,3	1.618,8
	W	1.084,1	36,5	29,9	219,2	1.602,1
	O	154,2	39,4	28,7	220,5	1.736,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	605,0	38,4	28,2	221,0	1.697,6
	W	498,0	38,1	28,8	220,3	1.680,6
	O	107,0	39,6	25,4	224,2	1.776,7
Baugewerbe	G	873,9	39,8	29,5	220,0	1.751,2
	W	661,0	39,8	29,4	220,0	1.750,7
	O	212,9	39,8	29,5	220,1	1.752,6
Handel	G	3.193,5	38,0	28,7	221,2	1.679,2
	W	2.755,4	37,9	28,8	221,1	1.675,3
	O	438,1	38,4	28,1	221,8	1.703,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.202,8	38,7	28,3	220,7	1.705,2
	W	991,2	38,6	28,5	220,4	1.699,2
	O	211,6	39,2	27,3	221,8	1.732,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	590,3	38,7	30,0	218,0	1.688,1
	W	547,0	38,7	30,0	218,0	1.688,1
	O	43,3	38,7	30,0	218,0	1.688,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.072,6	38,0	27,6	221,5	1.684,4
	W	2.406,5	38,0	27,8	221,3	1.681,4
	O	666,1	38,2	27,0	222,2	1.695,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.441,3	39,2	28,1	219,9	1.722,5
	W	1.867,0	39,0	28,1	219,9	1.714,1
	O	514,4	39,8	28,0	219,9	1.752,8
Gesamte Wirtschaft	G	19.643,4	37,6	28,9	220,1	1.656,8
	W	16.395,5	37,4	29,1	219,9	1.645,2
	O	3.188,0	38,8	28,1	221,0	1.716,4

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.
- 5) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$= \frac{\text{Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \times \text{tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

5

Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/ Bayern	40 ²	40 ²	20-30	Arb.: 22-25 Ang: 20-30	5,15 €/UT	Arb.: 7,36 €/UT Ang.: 6,75 €/UT	256 €	Arb.: 204,52 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr	-	-
Energie- und Versorgungs- wirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	38	38	30	30	-	-	100	50-100 ³	-	-
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	36	35	30	30	-	-	110	110	26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88
Shell Deutschland Oil GmbH	37,5	37,5	30	30	1.050 €	1.050 €	122,5	122,5	4	
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55	-	-
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30	50 % UE	50 % UE	20-50	20-50	-	26,59
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	95	95	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	50 % des Tagesver- dienstes/UT	50 % des Tagesver- dienstes/UT	95	95	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	263 €	604 €	60	100	-	20
Süßwarenindustrie	39	38	26-29	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100	-	26,59 (B.-Württ.)
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	Arb.: 30 % UE Ang.: 28,12 €/UT	Arb.: 30 % UE Ang.: 28,12 €/UT	-	Arb.: 93 Gesamtta- rifstunden- löhne Ang.: 55	-	Arb.: 0,13 €/ Std. ⁵ Ang.: 23,52 € ⁶
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	332,34/ 409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59

Fortsetzung Tabelle 12:

**Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen
in Ost- und Westdeutschland**

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Einzelhandel Ost/ Berlin-West	38 ⁷	37	25-30	25-30	45 % ⁸ ME ⁹	50 % ME ⁹	50 ¹⁰	62,5	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern¹¹	39	39	25-29	25-29	409,03 €	409,03 €	100	100	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100 ¹²	100 ¹²	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	-	-	variable Entgeltbestand- teile in Abhängigkeit von leistungs- und ergebnis- bezogenen Größen		6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30 ¹³	27-30 ¹⁴	-	17 €/UT	400	169 - 668 € (W-Geld)	13,29	13,29- 39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	-	-	100	100	40	40
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	38	38	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	4,98 - 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50	-	19,94
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 1,85 Tarifstunden- löhne / UT ¹⁶	Arb.: 1,85 Tarifstunden- löhne / UT ¹⁶	Arb.: -	Arb.: -	-	-
			Ang.: 30	Ang.: 30	Ang.: 32 % des Urlaubs- entgelts	Ang.: 32 % des Urlaubs- entgelts	Ang.: 45 - 60 Tarif- stunden- entgelte	Ang.: 45 - 60 Tarif- stunden- entgelte		
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	38,5 ¹⁷	26-30	26-30	-	-	45-67,5 jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)	60-90	6,65	6,65

- 1) Regelungen gelten nicht automatisch auch für Auszubildende.
- 2) Zusätzlich 1 freier Tag/Jahr.
- 3) Zahlung einer 14. Verg. mit Garantiebetrags von 1.000/500 € für AN, die am 30.06.06 in einem Arbeitsverhältnis standen/für ab dem 01.07.06 neu eingestellte AN. Weitere Ausgestaltung obliegt den Betriebsparteien (dabei Veränderung des Gesamtbetrages für neu eingestellte AN möglich).
- 4) Betriebliche Vermögensbildung durch unentgeltliche Royal-Dutch-Aktien.
- 5) Bei AN-Eigenleistung von 0,02 €/Std.
- 6) Bei AN-Eigenleistung von 3,07 €/Mon.
- 7) Mecklenburg-Vorpommern: 39.
- 8) Mecklenburg-Vorpommern: 50 %.
- 9) Berechnungsgrundlage: Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar.
- 10) Berlin-Ost: 52,5 %.
- 11) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 12) Abweichende Regelungen für vor dem 01.09.03 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 13) In Betrieben mit über 30 AN.
- 14) Abweichende Regelungen für vor dem 01.03.07 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 15) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.
- 16) Nach 6 Mon. BZ.
- 17) Ohne Gemeinden Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg.

Tarifliche Niedriglöhne West

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung ¹ in €	Stundenvergütung in €
Hilfsarbeiter für leichte Arbeiten	Landwirtschaft Rheinland-Nassau	L 1	820	4,71
Bote, Page	Hotels u. Gaststätten Saarland	E 1	1.085	6,27
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Saarland	k. A.	1.134	6,55
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte NRW	E I	1.123	6,73
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe West ohne Schleswig-Holstein	A 2	1.310	7,75
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Konditorenhandwerk Hamburg	k. A.	1.315	7,87
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk West	L 1 ²	1.329	7,87
FriseurIn ("Erste Kraft")	Friseurhandwerk Pfalz	VI	1.312	8,15
FischverpackerIn	Fisch- u. Geflügelwirt. Cuxhaven	L 1	1.348	8,17
FilmvorführerIn (bis 3 Berufsj.)	Filmtheater West (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.418	8,59
VerkäuferIn (2. Berufsjahr)	Einzelhandel Niedersachsen	G II	1.415	8,68
Sachbearbeitung Ein- u. Verkauf (bis 23. Lj.)	Schuhindustrie Niedersachsen, Bremen, NRW	G K3	1.537	9,09
Nähen an Nähmaschinen oder Handnäharbeiten	Bekleidungsindustrie Bayern o. Unterfranken	L IV	1.608	10,05
AutomobilverkäuferIn (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Pfalz	K III	1.557	10,07
Industrie Kaufmann/-frau (1. Tj.)	Papierverarb. Ind. Rhl.-Pfalz u. Saar	G 3	1.583	10,42
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie NRW	L 6	1.753	11,53

1) Beträge ggf. gerundet.

2) Mindestlohn.

Tarifliche Niedriglöhne Ost

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung ¹ in €	Stundenvergütung in €
FriseurIn (im 1. Bj. n. abgeschl. Ausbildung)	Friseurhandwerk Sachsen	I	615	3,82
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	16	854	4,93
Hoteldiener, Bellboy	Hotels u. Gaststätten Mecklenburg-Vorpommern	1	887	5,13
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe Sachsen-Anhalt	A 2	959	5,39
Arbeiter für leichte Arbeiten (keine Saisonarbeiter)	Landwirtschaft Sachsen	L 1	950	5,46
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Sachsen	I/2	1.082	6,25
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt	L 1 ²	1.074	6,36
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	E 1	1.138	6,81
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	5	1.329	7,68
AutomobilverkäuferIn (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Mecklenburg-Vorpommern	G3	1.269	7,78
VerkäuferIn (1. Tätigkeitsjahr)	Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern	G2	1.436	8,50
FilmvorführerIn (bis 3 Berufs.)	Filmtheater Ost (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.418	8,59
Sachbearbeitung Ein- und Verkauf (bis 23. Lebensjahr)	Schuhindustrie Ost	G K3	1.537	9,10
Industrie Kaufmann/-frau (bis 23. Lebensjahr)	Metallindustrie Thüringen	K2	1.549	9,37
kaufmännische/r Angestellte/r (1. Tätigkeitsjahr)	Papierverarbeit. Industrie Sachsen, S.-Anhalt, Thüringen	G 3	1.700	10,63
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie Ost	L 6	1.753	11,16

1) Beträge ggf. gerundet.

2) Mindestlohn.

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- in €/Stunde -

Abbruch- u. Abwrackgewerbe		ab 09/2007
West	Hilfskraft	9,79
	Fachwerker	11,96
Ost	Hilfskraft	9,10
	Fachwerker	10,16

Bauhauptgewerbe		ab 09/2007	ab 09/2008
West inkl. Berlin	1 Werker	10,40	10,70
	2 Fachwerker	12,50	12,85 (Berlin: 12,70)
Ost	1 Werker	9,00	
	2 Fachwerker	9,80	

Briefdienstleistungen		ab 01/2008	ab 01/2010
West inkl. Berlin	Briefzusteller	9,80	
	Mindestlohn	8,40	
Ost	Briefzusteller	9,00	9,80
	Mindestlohn	8,00	8,40

Dachdeckerhandwerk		ab 01/2006	ab 01/2008	ab 01/2009
West und Ost	Mindestlohn	10,00	10,20	10,40

Elektrohandwerk (Montage)		ab 09/2007	ab 01/2008	ab 01/2009	ab 01/2010
West	Mindestentgelt	9,20	9,40	9,55	9,60
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	7,70	7,90	8,05	8,20

Gebäudereinigerhandwerk		ab 07/2007	ab 01/2008¹
West inkl. Berlin	unterste Lohngr.	7,87	8,15
Ost	unterste Lohngr.	6,36	6,58

Maler- und Lackiererhandwerk		ab 04/2005	ab 04/2008
West	ungelernter AN	7,85	8,05
	Geselle	10,73	11,05
Ost	ungelernter AN	7,15	7,50
	Geselle	9,37	9,65

Noch nicht in Kraft:

Industrielle textile Dienste²		ab 11/2007	ab 03/2008
West	Mindestentgelt	9,02	9,20
		ab 06/2007	
Ost	Mindestentgelt	7,83	8,01

Zeitarbeit (BZA, iGZ)²		ab 01/2007	ab 01/2008
West	Mindestentgelt	7,15	7,31
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	6,22	6,36

- 1) Unter der Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit.
- 2) Einbeziehung in das AEntG noch nicht erfolgt.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2007

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2007 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2007, die bereits in den Tarifrunden 2005/2006 vereinbart wurden.

Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken), 257 200 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.12.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

Bauhauptgewerbe, Bundesgebiet West und Ost, 581 700 Arb./Ang. (IG BAU)

Schlichtungsergebnis (modifiziert)

- *Lohn und Gehalt:* nach 2 Nullmonaten (April, Mai) 3,1 % ab 01.06.07, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08; zusätzliche Einmalzahlungen als mtl. Festbetrag von 0,4/0,5 % eines ME (Arb.: Basis 173 Std./Mon.) ab 01.06.07/01.04.08; Öffnungsklausel zur Abweichung von den Festbeträgen durch BV; Laufzeit jew. bis 31.03.09.
Ost (ohne Berlin-Ost): Änderung der Öffnungsklausel zur Beschäftigungssicherung ab 01.01.08: mögliche Einkommensabsenkung um bis zu 8 % (bisher: 10 %).
Berlin-West und Ost: Verlängerung des TV Standortsicherung mit der Möglichkeit der Absenkung der Vergütungen um bis zu 8 % (bisher 5 %) bei Beschäftigungssicherungsvereinbarungen.
Erhöhung der AV im *Tarifgebiet West (inkl. Berlin-Ost):* nach 2 Nullmonaten (April, Mai) 3,1 % ab 01.06.07, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08. *Tarifgebiet Ost (ohne Berlin-Ost):* nach 17 Nullmonaten (April 2007 bis August 2008) 1,6 % ab 01.09.08 jedoch nur, wenn die Zahl der Ausz. im 1. Ausbildungsjahr sich nicht am 01.09.08 gegenüber dem 01.09.07 um 300 erhöht hat.
- *Lohn: West (ohne Berlin-West):* Möglichkeit zur Abweichung um bis zu 8 % durch Firmen-TV, dabei keine Unterschreitung des höchsten Mindestlohnes, Laufzeit 01.04.07 bis 31.03.09 (vereinfachtes Verfahren für die AG-Verbände in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Absenkung um 1,4 %).
West und Berlin-West und -Ost: Erhöhung der ab 01.09.07 geltenden Mindestlöhne von 10,40/12,50 €/Std. auf 10,70/12,85 €/Std. (Berlin: 10,70/12,70 €/Std.) jew. LGr. 1/2 ab 01.09.08, Laufzeit bis 31.08.09.
Ost: Verpflichtung der TV-Parteien zur Verhandlungsaufnahme bis 31.03.08 mit dem Ziel der Neufestsetzung der Mindestlöhne ab 01.09.08; bei Scheitern der Verhandlungen keine Anwendung des tarifvertraglich vereinbarten Schlichtungsabkommens und Beendigung der Friedenspflicht.
- *U-Geld, Sonstiges:* Anhebung der Beiträge zur Zusatzversorgungskasse um jew. 0,6 % zum 01.01.08/09 (jew. zur Hälfte von AG und AN); Finanzierung des AN-Beitrages durch Absenkung des U-Geldes von 30 auf 25 % des Urlaubsentgelts (Arb.) bzw. von 28,12 auf 24,00 €/UT (Ang.).
- *Sonstiges:* Verlängerung des MTV (Arb.) bis 31.12.08.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 522 800 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 70 € Pauschale für den jeweils 1. Mon., 3,6 % regional unterschiedlich ab 01.02., 01.03. und 01.04.07 für weitere 13 Mon., 0,7 % eines ME, multipliziert mit 13, als zusätzliche Einmalzahlung mit u.a. der Möglichkeit zur Kürzung oder zum Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen, Laufzeit bis 29.02., 31.03. und 30.04.08.
- *Arbeitszeit, Langzeitkonten:* Möglichkeit zur Einbringung von bis zu 10 % eines tariflichen Jahresentgelts.

Tarifabschlüsse 2007

- *Sonstiges*: Verlängerung des TV „Zukunft durch Ausbildung“ bis 31.12.10, Angebot von insgesamt 16 800 Ausbildungsplätzen für 2007 und 2008, Festlegung der Ausbildungsplatzzahlen für 2009 und 2010 im Rahmen der Tarifverhandlungen.

Ost, 36 000 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: 70 € Pauschale für März, 3,6 % ab 01.04.07, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.10.07 als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 30.04.08.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service), 134 000 AN (Transnet)

- *Entgelt*: 50 € Pauschale mtl. bis Juni 2007, 1,9 % zum 30.06.07 jew. aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 30.06.07.
600 € Pauschale insg. für Juli bis Dezember, 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09, garantierter Entgeltzuwachs von 1 600 € während der Laufzeit für Vollzeit-AN, Teilzeit-AN anteilig; Aussetzen der vereinbarten Erhöhung von 1,9 % aus Abschluss 2005, dafür 50 € mtl. Festbetrag jew. bis 31.12.07, max. bis zum Abschluss einer neuen Entg.-Struktur bzw. bis Laufzeitende des ETV; Abschluss einer Konkurrenzklausel; Vereinbarung von Eckpunkten für neue Entg.-Struktur, u. a.: neues Tarifwerk mit funktionsübergreifendem Basis-TV und voraussichtlich 6 funktionsspezifischen TVen, garantierte individuelle Einkommenssteigerung von mind. 10 % bis 2010 unter Anrechnung der Einkommensrunden ab 2007, zusätzlich Bereitstellung von 4 % der Entgeltsumme 2007 für die Einführung, Erhöhung der Mitarbeiterbeteiligung für 2007.
- *Sonstiges*: Wiederinkraftsetzung des TV Mitarbeiterbeteiligung und des Beschäftigungssicherungs-TV mit Ergänzung um: TV zur Erweiterung des Schutzbereichs auf AN mit krankheitsbedingtem Arbeitsplatzverlust, TV zur Verbesserung der Rückkehr auf einen qualifikationsgerechten Arbeitsplatz für AN mit rationalisierungsbedingtem Arbeitsplatzverlust, Laufzeit jew. befristet bis 31.12.10.

Deutsche Post AG, 130 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.11.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.04.08.

Deutsche Telekom AG, 17 700 AN (ver.di)

- *Entgelt*: unveränderte Verlängerung bis 31.12.08.
- *Sonstiges*: unveränderte Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31.12.09; konzernweite unbefristete Übernahme von mind. 4 000 Nachwuchskräften in den Jahren 2007 - 2009 (davon 1 000 in 2007).

Druckindustrie, 174 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (April bis Juni) 3,0 % ab 01.07.07, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges*: Verlängerung des TV zur Altersteilzeit bis 31.12.09.

Einzelhandel, 1 957 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 75 € Einmalzahlung für 2007 mit Auszahlung im April aus Abschluss 2006, Laufzeit regional unterschiedlich bis 31.03./30.04./31.05./30.06.07.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen,
91 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 3,8 % ab 01.01.07, 750 € zusätzliche Einmalzahlung jew. aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.01.08.

Ost, 16 200 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* Abschluss wie West.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 3,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

Ost (AVEU), 25 600 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 3,1 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 30.04.08.
- *Sonstiges:* Möglichkeit zur Befristung von Arbeitsverhältnissen auf bis zu 48 Mon.

Gebäudereinigerhandwerk West und Ost, 354 000 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn:* unter Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit: 3,5 % (LGr. 1: von 7,87/6,36 auf 8,15/6,58 €/Std. West/Ost) ab 01.01.08, Laufzeit bis 30.09.09, Stufenplan für die LGr. 5 - 9 zur Erreichung eines einheitlichen Tarifniveaus der Tarifgebiete Ost bis 2011.
- *Gehalt:* Verpflichtung des Bundesinnungsverbands zur Abgabe einer Empfehlung zur analogen Erhöhung an die Mitgliedsbetriebe.
- *Urlaubsgeld:* in Kraft ab 01.01.07 (1,85 Std.-Löhne/UT für AN ab 6 Mon. BZ) durch Wegfall der Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit oder Rechtsverordnung.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 297 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 3 Nullmonaten (Mai bis Juli) 2,4 % zzgl. 15,50 € für alle Gruppen (= 3,3/3,2 % Lohn/Gehalt im Durchschnitt) ab 01.08.07, 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.04.09.
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des MTV zum 01.10.07, Laufzeit bis 30.09.10.

Sachsen-Anhalt, 15 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 3 Nullmonaten (Mai bis Juli) 2,4 % zzgl. 15,50 € für alle Gruppen (= 3,3 % im Durchschnitt) ab 01.08.07, 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.04.09.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 49 100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 300 € Pauschale insg. für Mai bis Juli, 3,6 % ab 01.08.07, 345 € zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni bis August 2008, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08; Möglichkeit zur Flexibilisierung der Pauschale und/oder Einmalzahlung durch BV (Bandbreite: 0 - 200 %), Laufzeit bis 30.04.09.

Sachsen, 11 600 AN (IG Metall)

- *Entgelt:* 200 € Pauschale insg. für Mai und Juni, 3,6 % ab 01.07.07, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.04.09.

Tarifabschlüsse 2007

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 119 100 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,2 % ab 01.06.07, Laufzeit bis 30.04.08. Sachsen, 30 500 AN (NGG)
- *Entgelt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.06.08.

Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen, 69 400 AN (IGM, ver.di)

- *Entgelt:* 50 € Pauschale für März, 2,5 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 29.02.08.

Thüringen, 11 000 AN (IGM)

- *Entgelt:* 200 € zusätzliche Einmalzahlung zahlbar bis Februar 2007 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.09.07. 0,7 % ab 01.10.07, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, Laufzeit bis 31.12.09.
- *Sonderzahlung:* Von 20/30/40 % eines ME nach 1/2/3 J. BZ auf 20/30/40/50 % nach 1/2/3/4 J. BZ.
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des MTV, ERTV sowie des TV Entgeltumwandlung, Laufzeit jeweils bis 31.12.09.

Landwirtschaft Bayern, 13 600 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

Mecklenburg-Vorpommern, 17 300 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.07 (keine Erhöhung der LGr. I und II sowie GehGr. 1) aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

Metallindustrie, 3 371 400 Arb./Ang./AN (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Entgelt:* 400 € Pauschale insg. für April und Mai, 4,1 % ab 01.06.07, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08, jew. 0,7 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Juni bis Oktober 2008 unter Berücksichtigung des U-Geldes (= 3,98 %), zahlbar im August 2008; Verschiebung der Stufenerhöhung und der Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um max. 4 Mon. durch BV möglich, Laufzeit bis 31.10.08.
- *Beschäftigungssicherung:* *Baden-Württemberg, Bayern:* unveränderte Verlängerung des TV zur Beschäftigungssicherung; *Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen:* unveränderte Verlängerung des TV zur Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung.
- *Sonstiges:* Beauftragung der jew. Spitzenorganisation zur Weiterentwicklung und zum Abschluss der Tarifgespräche über Tarifregelungen zum flexiblen Übergang in die Rente bis Juni 2008; *West:* Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht für die Verhandlung über die Vergütungen in der Tarifrunde 2008; *Küste, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin/Brandenburg, Thüringen, Sachsen:* Vereinbarung zum Umgang mit den ERA-Strukturkomponenten von insg. 2,79 % eines ME in Betrieben, die den ERA-TV noch nicht eingeführt haben; *Bayern, Sachsen:* Neufassung des Altersteilzeit-TV; *Bayern:* TV zur Schaffung von 1 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in 2007.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 242 300 AN (ver.di)

- *Entgelt:* Bund West und Ost, Gemeinden West: 300 € Pauschale aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.
Gemeinden Ost: Angleichung des Tarif-Niveaus von 95,5 auf 97 % ab 01.07.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

Länder (ohne Hessen und Berlin), 691 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* Pauschalzahlungen von 310/210/60 € im Januar 2007, 450/300/100 € im September 2007 für EntgGr. E 1-8/9-12/13-15, 2,9 % aufgerundet auf volle 5 € (= 3,0 % im Durchschnitt) ab 01.01./01.05.08 West/Ost aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12.08.

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 75 000 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.03.08.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 141 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 30.04.08.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 35 400 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 1,5 % ab 01.01.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.12.07.

Süßwarenindustrie Baden-Württemberg, 4 000 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.07.07, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.06.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des MTV für das Bundesgebiet West bis 31.01.10.

Ost, 7 300 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.01.08, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, Laufzeit bis 31.12.09.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 103 200 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.05.07 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 29.02.08.

Textilindustrie Ost, 11 200 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai), 3,0 % ab 01.06.07, 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV bis 31.03.09.

Versicherungsgewerbe (Innendienst), 166 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.07 aus Abschluss 2005, Laufzeit bis 31.08.07. 300 € Pauschale insg. für September bis Dezember 2007, 3,0 % ab 01.01.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, 3,6 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung im Juli 2008, Laufzeit bis 30.09.09. Einführung zwei neuer unterer Tarifgruppen für Neueingestellte ab 01.01.08.
- *Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV und des TV zur AZ-Flexibilisierung (AZ-Korridor) bis 31.12.09. Rechtsanspruch auf ein Qualifizierungsgespräch/Jahr.

Tarifabschlüsse 2007

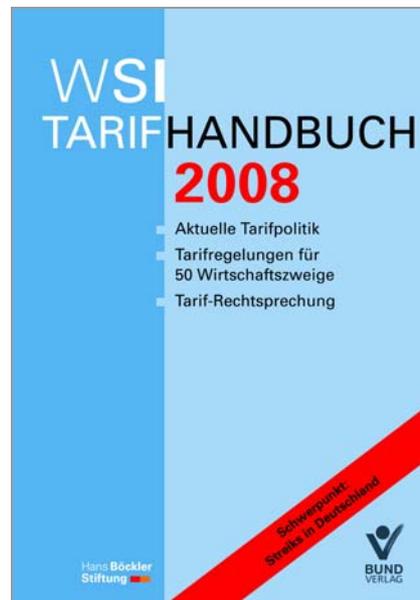
Zeitarbeit (DGB-Tarifgemeinschaft)

unter Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf Basis des AN-Entsendegesetzes

- *Mindestentgelt:* West ohne Berlin-West/Ost, Berlin-West:
7,15/6,22 €/Std. ab 01.01.07, 7,31/6,36 €/Std. ab 01.01.08, jew. aus Abschluss 2006,
Laufzeit bis 31.12.08.

Schwerpunktthema:

Streiks in Deutschland



WSI-Tarifhandbuch 2008

- Tarifchronik
- Tarifabschlüsse 2007/2008
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- **Schwerpunktthema: "Streiks in Deutschland"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Einführung in das Tarifsysteem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 150 Fachbegriffen

Jetzt bestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2008**
Frankfurt, Bund Verlag
ca. 300 Seiten, 19,90* €
zzgl. Versand

Name:

Anschrift:

.....

.....

Datum/Unterschrift:

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 %
Rabatt